

BDV NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen

Vereinigte Landsmannschaften . Landesverband Baden-Württemberg e.V. . Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart

50. Jahrgang

Stuttgart, Juni / Juli / August 2002 - Nr. 2/2002

E 20094 F

50. BdV-Landesverbandstag mit festlicher Stunde

**Staatssekretär Rech: „Ein klares Bekenntnis unserer tschechischen Nachbarn, dass die Vertreibung Unrecht war, tut Not“
Rede von Staatssekretär Heribert Rech und Festvortrag von Prof. Dr. Hornung im Mittelpunkt.**

Der große Saal des Hauses der Heimat und dessen Foyer reichten gerade aus, um die große Zahl der Delegierten und Gäste zu fassen, die sich am 4. Mai im Stuttgarter Haus der Heimat anlässlich des 50. BdV-Landesverbandstags eingefunden hatten.

Zu Beginn gedachte der Landesvorsitzende Arnold Tölg der Toten. Er nahm dies zum Anlaß, an die verstorbenen Landesvorsitzenden Dr. Karl Mocker und Helmut Haun sowie deren Stellvertreter Sepp Schwarz, Prof. Dr. Otto Klöden, Adolf Hasenöhr, Dr. Schallwig wie auch Frau Zips und Hauptgeschäftsführer Robert Maresch zu erinnern.

Es folgte die Bekanntgabe der zahlreich eingegangenen schriftlichen Grußworte und anschließend der Tätigkeitsbericht der Landesvorsitzenden. Der Bericht verdeutlichte

Ministerpräsident Stoiber beim Sudetendeutschen Tag 2002

„In die sudetendeutschen Fragen ist kurz vor dem Beitritt der tschechischen Republik enorme Bewegung gekommen. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass aus der Bewegung vernünftige Gespräche, aus Gesprächen Verhandlungen und aus Verhandlungen Lösungen erwachsen. Ich jedenfalls werde anpacken für die Verständigung. Das Unrecht der Vertreibung darf als Unrecht nicht im europäischen Rechtsund Werteraum stehen bleiben.“

ein breites Feld von Aktivitäten sowie auch Problembereichen.

Arnold Tölg unterstrich einleitend die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler der Landesregierung, Staatssekretär Heribert Rech seit dessen Amtsübernahme vor einem Jahr. Er hatte einer Kooptierung in den BdV-Landesverband spontan zugestimmt.

Der Landesvorsitzende betonte des weiteren die klaren Aussagen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung.

Der unbefriedigende Umgang mit den Kirchenbüchern, die 25-Jahr-Feier des Hauses der Heimat in Stuttgart mit dem Vortrag von Prof. Baring sowie die erfreuliche Anzahl der gut besuchten Veranstaltungen zum Tag der Heimat waren weitere Themen.

Was die unstatthafte Praxis betrifft, in Urkunden und Pässen, nicht mehr die korrekten deutschen Namen zum Zeitpunkt der Geburt einzutragen, konnte Tölg eine aus unserer Sicht befriedigende Regelung ankündigen.

Die Bildung des Landes Baden-Württemberg und die Veröffentlichung im Staatsanzeiger sowie des Statistischen Landesamtes in diesem Zusammenhang, welche das Ansehen der Vertriebenen in unannehmbare Weise herabsetzten, haben ihn und den BdV-Vorstand tätig werden lassen. Mit dem Motto zum Tag der Heimat „Erinnern, Bewahren, Zukunft gewinnen“ wird laut Tölg

die in den letzten Wochen und Monaten verstärkt feststellbare Presse- und Fernsehberichterstattung zum Thema Flucht und Vertreibung in konsequenter Weise aufgegriffen.



Abschließend ging Tölg auf die BeneschDekrete ein. Er erinnerte an die unerträglichen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman in Israel und verwies in diesem Zusammenhang auf die Resolution der Sudetendeutschen Landesversammlung und zitierte die Stellungnahme der BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB.

Mit dem Dank an die Vorsitzenden der Landsmannschaften, an die BdV-Kreisvorstände, den Landesgeschäftsführer sowie die Damen der Landesgeschäftsstelle, schloß Tölg seinen Rechenschaftsbericht.

Fortsetzung auf Seite 2

Wir laden ein zum F E S T A K T

50 JAHRE BUND DER VERTRIEBENEN/ VEREINIGTE LANDSMANNSCHAFTEN

Es sprechen:

**Ministerpräsident Erwin Teufel, MdL
BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB**

Samstag, 28. September 2002 um 14 Uhr in der Liederhalle Stuttgart

(Hegelsaal); Einlaßkarten über BdV-Landesgeschäftsstelle, Tel. (0711) 62 52 77

Festliche Umrahmung durch den Eichendorff-Chor Oberschlesien, Ungarndeutsche Tanzgruppe Fünfkirchen/Pecs, Chor Heimatklänge der Deutschen aus Bußland, Stuttgart, Egerländer Familienmusik Heß, Hirschhorn, Siebenbürger Blasmusik; Stuttgart.



Aus der Rede von Staatssekretär Heribert Rech:

Wenn wir heute den 50. Landesverbandstag des BdV im Rahmen einer festlichen Stunde feierlich begehen, wenn unsere Heimatvertriebenen am 28. September in der Stuttgarter Liederhalle in einer Festversammlung mit dem Ministerpräsidenten der 50 Jahre des Bestands des BdV und der Vereinigten Landsmannschaften gedenken, spiegeln diese Veranstaltungen etwas wider von der bedeutenden Rolle, die Flüchtlinge und Heimatvertriebene vor einem halben Jahrhundert bei der Entstehung des Landes Baden-Württemberg gehabt haben

Das entschiedene Votum der Vertriebenenverbände, aber auch die weit überdurchschnittliche Abstimmungsbeteiligung der Vertriebenen (sie lag bei 90 %, während ein hoher Teil der einheimischen Bevölkerung der Abstimmung fernblieb) hat seinerzeit die entscheidenden Stimmen für den Zusammenschluß gebracht; 57,1 % entschieden sich in Nordbaden für die Vereinigung. Sie, die damals erst seit kurzer Zeit im Land aufgenommenen Vertriebenen, waren das Zünglein an der Waage. Die EU ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft und wird auf Dauer nur als solche Bestand haben. Staaten, die dieser Gemeinschaft beitreten wollen, haben diese Werte zu achten und zu beachten. Kollektive Schuldzuweisungen und, daran anknüpfend, Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen sind unbestreitbareklatante Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht. Ein klares Bekenntnis unserer tschechischen Nachbarn, daß die Vertreibungen Unrecht waren, tut Not. Eine Verurteilung des Geschehens gäbe den Opfern ihre Würde wieder. Wenn in Tschechien befürchtet wird, daß ein Schuldanerkenntnis erst die Grundlage für Restitutionsansprüche der Vertriebenen schaffe, wird das eigentliche Problem, nicht nur die moralische, sondern auch die europapolitische Dimension verkannt. Wir haben kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung unter Berufung auf die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 diese Problematik für erledigt hält. Flucht und Vertreibung sind so aktuell wiedamals vor mehr als 50 Jahren: Die Kriege auf dem Balkan vor unserer Haustür haben uns das in erschreckender Weise vor Augen geführt. (Fortsetzung oben rechts)



Staatssekretär Rech: (Bild links)

Auch ist die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen über den Kreis der Betroffenen hinaus wieder zum Thema geworden. Das Thema ist nach 50 Jahren so aktuell wie eh und je. Ich, der ich als einer 1950 hier geboren bin, empfinde je älter ich werde, desto schmerzlicher, daß wir in unserer Schulzeit so rein gar nichts erfahren haben. Weder über Flucht und Vertreibung, noch den Kulturraum Südosteuropas. Und ich bin dem BdV außerordentlich dankbar, daß er mit dem Kultusministerium an einer Handreichung arbeitet. Unsere Kinder und Enkelkinder müssen erfahren, was sich danach zugetragen hat. Nicht um der Vergangenheit willen, sondern um der Zukunft wegen.

Fortsetzung von Seite 1 In dem

sich anschließenden Bericht des Landesgeschäftsführers Ulrich Klein stellte dieser fest, daß der BdV mit seinen Landsmannschaften auch nach 50 Jahren seines Bestehens organisatorisch intakt ist und durch außerordentliche Aktivitäten beeindruckt. Er verwies auf seine auch von den Referenten in schriftlicher Form vorliegenden Berichte und empfahl, diese bei nächster Gelegenheit aufmerksam durchzulesen.

Die Bemühungen um eine verstärkte und verbesserte Zusammenarbeit mit den staatlich bediensteten Damen und Herren im Haus der Heimat sowie ein kleiner Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des BdV-Landesverbandes vor 50 Jahren waren weitere Schwerpunkte seines Berichtes, den er mit Dank an den Landesvorsitzenden Herrn Tölg, den Landeskulturreferenten Herrn Reich, Frau Witopil, Herrn Ziegler und die anwesenden Vorsitzenden insgesamt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit beendete.

Fortsetzung Seite 3

*

Viele von Ihnen kenne ich schon persönlich und freue mich darüber. Und ich freue mich, daß Sie mich so offen und freundschaftlich mit einem großen Vertrauensvorschuß in Ihrer Mitte aufgenommen haben. Ich werde, solange wir einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene haben, solange wir den brauchen, mit ganzer Kraft dafür kämpfen, daß ich dieses schöne Amt ausüben darf **und ich werde meine ganze Kraft einsetzen**, Ihren Anliegen, Ihren Interessen, Ihren Erwartungen gerecht zu werden.

Ich will zum Schluß noch einmal sagen, daß die Zusammenarbeit mit der Vorstandschaft des BdV, mit allen, mit allen Kreisverbänden, wo ich bislang war, ganz außerordentlich, für mich auch herzerfrischend offen ist und ich danke Ihnen für dies Vertrauen und freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit.



Fortsetzung von Seite 2

Herr Künzel gab anschließend seinen Kassenbericht, der den Delegierten schriftlich vorlag. Er verwies auf das, trotz aller Sparmaßnahmen bestehende Defizit, welches nur Dank des Fördervereins der Vertriebenen gedeckt werden konnte. Sein besonderer Dank galt Frau Wulff, die gewissenhaft und mit großem Engagement in der Buchführung tätig ist und in sachkundiger Weise die BdV Kreisverbände bei deren Kulturabrechnung und Anträgen berät. Der Revisionsbericht, von Frau Gronowski vorgetragen, gab keinerlei Anlaß zur Beanstandung.

Es folgte eine sehr lebhaft, sachliche Aussprache, an welcher sich auch der inzwischen eingetroffene Landesbeauftragte, Staatssekretär Heribert Rech beteiligte. Ein von Dr. Nowak vorgetragener Entwurf einer Resolution wurde mit wenigen Änderungen angenommen (siehe Kasten S. 10).

Höhepunkt des Vormittags bildete die Ansprache von StS. Heribert Rech, in welcher er besonders den großen Anteil der Vertriebenen bei der Gründung des Südweststaates Baden-Württemberg herausstellte.

In seiner weiteren Rede befaßte er sich mit den Benesch-Dekreten, verwies auf die versöhnlichen Gesten der ungarischen und vor allem auch der rumänischen Regierung, und befaßte sich mit den Problemen der Integration der Spätaussiedler (s. Kasten S. 2).

Mit seiner Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, fand das Vormittagsprogramm seinen Abschluß.

Von den Damen der Landesgeschäftsstelle und Frau Swoboda bestens bewirbt, konnte Arnold Tölg nach der musikalischen Eröffnung der festlichen Stunde durch die Familienmusik Preissenhammer den Redner des Nachmittags, Herrn Prof. Dr. Hornung begrüßen. Prof. Hornung, Verfasser einer von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen herausgegebenen Schrift über Prof. Rohtfels (Universitäten Tübingen, früher Königsberg), wie auch anderer Publikationen, war mehreren Anwesenden bereits auch durch seine vielfältige politische sowie publizistische Arbeit bekannt. Seine mit größtem Interesse aufgenommenen Ausführungen finden Sie mit dem vollen Wortlaut auf den Seiten 7-9. Nochmals erfreute Familie Preissenhammer mit klangvollen Passagen von Carl Stamitz alle Anwesenden. Worte des Dankes von Arnold Tölg und die dritte Strophe des Deutschlandliedes beendeten den 50. BdV-Landesverbandstag, und damit den ersten zugleich auch festlichen Höhepunkt im Jubiläumsjahr des BdV. Der anschließende Stehempfang gab noch Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen.

„Ober Schuld kann man nur sprechen, wenn man über die Ursachen spricht.“

Martin Walser/8. Mai 2002

Die DJO - Deutsche Jugend in Europa sucht für die Landesgeschäftsstelle im Stuttgarter Westen ab sofort eine/n engagierten

Mitarbeiter/in

(50% zur unbefristeten Beschäftigung)

Das Aufgabengebiet umfaßt unter anderem:

- organisatorische Vorbereitung und Begleitung von internationalen Schüleraustauschprogrammen
- allgemeine Sekretariatsaufgaben
- Betreuung der deutschen Gastfamilien über Telefon, Brief und E-Mail
- Schülerbetreuung

Für telefonische Auskünfte stehen Ihnen Herr Hartmut Liebscher und Herr Uli B. Hüttl zur Verfügung. Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

DJO - Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Baden-Württemberg e. V.,

Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart, Tel. (0711)

62 51 38, Fax (0711) 62 51 68, E-Mail:

zentrale@djobw.de

Ohne Namen - ohne Eltern - ohne Heimat

Eine wahre Geschichte aus Ostpreußen von Irene Schwarz.

Die Autorin beschreibt ihr eigenes Schicksal und das ihrer Verwandten, die alle während der Flucht den Tod fanden. Sie selbst wurde als namenloses Findelkind von Freunden und Nachbarn unter tausenden elternlosen Kindern entdeckt und zu ihrem vom Krieg heimgekehrten Vater zurückgebracht. Das Buch eignet sich auch zum Lesen oder Vorlesen für Kinder und Jugendliche.

Das Buch hat 136 Seiten, kostet E 9,50 und ist zu beziehen über: Irene Schwarz, Hochstattstr. 18C, 70599 Stuttgart, Tel. (0711) 4560931.



BdV-KV Heilbronn

Pommersche Landsmannschaft feiert 50 jähriges Bestehen

Über 250 Heimatvertriebene aus dem ganzen Land füllten den Meistersaal im Haus des Handwerks in Heilbronn. Lieselotte Merling begrüßte in Vertretung ihres Mannes Ferdinand die zahlreich erschienenen (Kommunal-)Politiker und Landsleute und stellte fest, daß „50 Jahre Vertreibung“ an sich kein Grund zum Jubilieren seien.

In ihren Ausführungen zum Heimatbegriff würdigte Susanne Jafke, Bundestagsabgeordnete aus Mecklenburg, die gegenwärtigen Verdienste ihrer Landsleute, die auf kommunaler Ebene durch die aktiven Patenschaften und die großartige soziale Hilfe für viele Polen über Grenzen hinweg sichtbar sei.

Anscheinend haben auch andere politische Kreise inzwischen entdeckt, „daß wir nicht nur eine Nation der Täter sind, sondern auch Opfer beklagen mußten“, stellte Bürgermeister Artur Kübler (CDU) fest. Insbesondere Heilbronn war aufgrund der eigenen Zerstörung stets aufgeschlossen gegenüber Flüchtlingen und habe für 25 000 Vertriebene hier eine neue Heimat geschaffen.

Dabei sei es für manchen gar nicht leichtgewesen, so Staatssekretär Heribert Rech. Was man in der anderen Welt nicht verloren habe, seien Fleiß und Tatkraft. So hätten die Vertriebenen mit diesen Tugenden ein Fundament für den Aufschwung in Baden-Württemberg gelegt.

Für ein reichhaltiges Kulturprogramm und für Stimmung sorgten u.a. das Karpatenorchester mit Johann Müller, die Volkstanzgruppe Lörrach unter Leitung von Thomas Lohse sowie das Jagsttalduo „Emert“.

Streit in Mähren um Partnerschaftsvertrag mit Heidenheim

Zwei kommunistische Abgeordnete und der Liberale Zdenek Lastovicka, der aus Protest zurücktrat, haben Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit der Heidenheimer „Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel“ geäußert, da diese als Mitglied der sudetendeutschen Landsmannschaften ein „Recht auf Heimat“ und die Rückgabe enteigneten Eigentums vertrete. Heidenheims Oberbürgermeister Bernhard Ilg (CDU) bezeichnete diese Aussagen als beschämend und völlig falsch. Die Iglauer Sprachinsel habe sich bereits vor 50 Jahren gegen Revanchismus und für ein friedlich-freiheitliches Europa ausgesprochen.

Tatsache sei, so Ilg weiter, daß die Vertriebenen aus Iglau seit Jahren in Heidenheim ihre Familientradition wieder aufleben lassen und die Enkel der ehemals Vertriebenen erneut rege Kontakte zu den Menschen in Iglau geknüpft hätten. Dadurch sei die Zusammenarbeit zwischen beiden Städten entstanden und eine Partnerschaft im Gespräch.

Prager Geisterstunde

Es mag ja sein, daß die einstimmige Bestätigung der umstrittenen Beneš-Dekrete durch das tschechische Parlament eine verkrampfte Wahlkampfaktion ist; beim Ausspielen der nationalen Karte möchte momentan eine Partei die andere übertreffen. Das ändert nichts daran, daß mit der Gespensterdebatte dem fragilen deutsch-tschechischen Verhältnis ein weiterer Stoß versetzt wurde. Tschechien drängt vorerst mit den Dekreten, die die Grundlage für die Enteignung und Entrechtung der Sudetendeutschen und Ungarn bildeten, in die EU und betrachtet das frivolo als sein selbstverständliches Recht. Die Dekrete seien „verbraucht“, heißt es beschwichtigend. Eine plumpe Täuschung: In der Eigentumsrestitution zum Beispiel wirken sie sich bis heute aus.

Die Hoffnung, daß wenigstens die Politik den Mut aufbringt, sich moralisch von der kollektiven Entrechtung von Volksgruppen zu distanzieren, wenn man schon juristisch nicht vorankommt, ist zerronnen. Daß Václav Havel der Resolution seinen Segen gab, macht ihn zu einer tragischen Figur. Hat er, der früher so souveräne Dichter-Präsident, vor der Stimmung an der Moldau kapituliert? Bemerkenswert auch: Erstmals seit 1989 wurden die Kommunisten in den Parteienkonsens einbezogen, sozusagen aus der politischen Quarantäne entlassen. Nationale Front, diesmal auf Demokratisch? Man darf gespannt auf das Echo in Berlin sein. Bundestag und Bundesregierung werden sich vor der Prager Entmaßung nicht wegduckeln können, die EU auch nicht. Gernot Facius/Die Welt



Interessiert lauschen die Anwesenden den Ausführungen von Michael Wilfling über die Beneš-Dekrete anlässlich seines Vortrags im Haus der Heimat in Karlsruhe.

Resolution des Weltdachverbandes der Donauschwaben

Die Vertreter des Donauschwäbischen Weltdachverbandes aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Jugoslawien, USA, Kanada, Argentinien, Brasilien und Australien stellen fest, daß die Beschlüsse des AVNOJ-Präsidiums in den Republiken Slowenien, Kroatien

und Jugoslawien immer noch Gültigkeit haben. Im Hinblick auf die friedvolle Koexistenz der europäischen Völker in einer erweiterten Europäischen Union verlangten und forderten die Teilnehmer der vom 10.-15. Mai in Subotica stattgefundenen Tagung:

1. den Anspruch auf völkerrechtliche Anerkennung des erlittenen Unrechts in den Jahren 1944-1948,

z. die Dringlichkeit der Aufhebung der Be-

Schlüsse des AVNOJ-Präsidiums, die dem Genozid der Donauschwaben als Grundlage dienen,

3. den Anspruch auf die rechtliche und darüber hinaus auf eine moralische Wiedergutmachung,
4. die Forderung nach raschen Verhandlungen über Restitution und Vermögensfragen unter Einbeziehung des Donauschwäbischen Weltdachverbandes, volle Wahrung der
5. verfassungsmäßig garantierten Minderheitenrechte auf Kultur, Religion, Sprache und Bildung für alle im ehemaligen donauschwäbischen Heimatgebiet verbliebenen deutschsprachigen Volksgruppen.

Subotica/Jugoslawien, am 10. Mai 2002

BdV-Präsidentin Erika Steinbach zum Motto des diesjährigen Tages der Heimat:

Das Leitwort drückt die Notwendigkeit aus, daß Erinnern und Bewahren unverzichtbar für eine fruchtbare Zukunft sind. Dazu gehört das kulturelle deutsche Erbe aus den Heimatgebieten der Vertriebenen ebenso wie persönliche und familiäre Erfahrung im Guten wie Leidvollen. Dazu gehört aber genauso das Miteinander und Gegeneinander unserer europäischen Völker. Auf der Grundlage einer vielschichtigen gemeinsamen Vergangenheit können wir in Europa im gemeinsamen Wollen die Zukunft gewinnen, wenn wir bereit sind, die Vergangenheit nicht auszublenden.

Zur Verwirklichung unserer Vorstellungen brauchen wir Freunde und Ansprechpartner vor allem auch in der Politik.

Im Wahljahr 2002 wollen wir uns daher einen Überblick verschaffen, wie die Parteien sich zum Schicksal der Vertriebenen und Spätaussiedler stellen. Wir wollen wissen, in welcher Weise diese den weißen **Fleck in der historischen und aktuellen Aufarbeitung dieses Teils deutscher** und europäischer Geschichte aufgreifen wollen. Wir wollen wissen, wie die Parteien zu Themen stehen, die uns berühren.

Deutschland: Einwanderungsland Nr. 2

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im vergangenen Jahrzehnt zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt nach den USA entwickelt. - Für links gerichtete Wahlstrategien spielen Einwanderung und Einbürgerung eine große Rolle: Wenn Türken wählen könnten, gäbe es eine Zwei-Drittel-Mehrheit für Rot-Grün. Nach einer Türkunya-Umfrage würden 52,6 % der Türken SPD wählen, 16,5% die Grünen, 13,4% die CDU/CSU, 12 % die PDS und 5,9 % FDP.

Obwohl volksdeutsche Spätaussiedler in der Regel kinderreich sind und sich sprachlich und religiös wesentlich leichter und schneller integrieren, sind sie in Linksparteien unbeliebt, da sie in Verdacht stehen, mehrheitlich CDU zu wählen. So will z. B. Niedersachsens Innenminister Barding ihre Zuwanderungszahl bundesweit von jährlich 100000 auf 10000 drücken. - 1950 bis zum Zusammenbruch des Kommunismus kamen rd. 1 Mio. Volksdeutsche aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik, 1990-2001 2,2 aus den GUS-Staaten.

(Evang. Notgemeinschaft/4-2002)

BdV-Landeskulturtagung 2001 in Heilbronn

Die BdV-Landeskulturreferententagung 2001 fand am 16./17.11. in Heilbronn/Frankenbach im Hotel Rössle statt.

Zwischen 11 und 12 Uhr fanden sich die ca. 40 Teilnehmer am Tagungsort ein, wo sie ihr Zimmer zugewiesen bekamen.

Für 12 Uhr war das gemeinsame Mittagessen festgelegt. Hier kam es schon zu herzlichen Aussprachen. Wenn man sich nicht schon kannte, hatte man Gelegenheit sich jetzt kennen zu lernen. Schon nach wenigen Sätzen war man mitten im Thema, und zwar die Frage nach dem Herkunftsland und das große Schicksal der Vertreibung, ein immer wieder aufflammendes Problem.

Pünktlich um 13.45 Uhr konnte BdV-Landeskulturreferent, Albert Reich, die Tagung eröffnen. Er begrüßte alle Anwesenden aufs herzlichste. Einen besonderen Gruß richtete er an die Tagungsreferenten und an Herrn Arnold Tölg, BdV-Landessvorsitzender, Bad Liebenzell, Mitglied des Landtages, eine Persönlichkeit, die von diesen Kulturtagungen nicht mehr wegzudenken ist.

In einer Schweigeminute gedachte man der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder.

Nun machte Herr Reich einen Rückblick zur Landeskulturtagung 2000 in Biberach. Den Anwesenden dieser Tagung sind noch deutlich in Erinnerung die ersten Stunden an dem Mahmal der Vertreibung an der Stadtmauer von Biberach. Auch unvergesslich der Empfang im Rathaus der Stadt Biberach und die einfühlsamen Worte des Bürgermeisters über die Vertriebenen und Flüchtlinge und das Zusammenwirken dieser Gruppen in Biberach als auch deren Verdienste im Wiederaufbau nach dem Krieg. Eine Augenweide und ein Informationsstand war auch der ostdeutsche Schauraum in Biberach.

Aufgeschnappt

Der Ehrenvorsitzende der Schlesischen

Landmannschaft Heilbronn, Georg Märtsch, übergab dem Haus der Heimat ein Bild des Malers Joseph de Ponte aus Schwaigern. Das Bild stellt Landschaften, Bauten und bekannte Persönlichkeiten aus Schlesien dar, so auch die Schutzpatronin der Schlesier, die heilige Hedwig. Der Ehrenvorsitzende hatte zu seinem 75. Geburtstag auf Geschenke verzichtet und dafür um Spenden für dieses Bild gebeten.

Sehr geschickt schlug Herr Reich den Bogen zur diesjährigen Tagung. Nun war Herr Reich in seinem Element und widmete sich dem Förderkatalog. Es war auch Kritik zu hören für die, die auch heute noch schlechte Abrechnungen abgeben. Er forderte alle

BdV-Gliederungen und Landsmannschaften zur Pflege der rund 300 Mahmale in Baden-Württemberg auf. Diese dürften nicht dem Schicksal der Witterung überlassen bleiben.

In seiner weiteren Ausführung kam Herr Reich auch auf die GEMA zu sprechen. Er hob hervor, daß auch Lesungen meldungspflichtig sind.

Es gab eine rege Diskussion über die Archivierung von Materialien der BdV-Kreisverbände sowie die der Landsmannschaften und Heimatgruppen. Einstimmig war man der Meinung, daß auch späteren Generationen Einblick in die Geschehnisse gewährleistet werden muß.

Das Alter des Referenten. Der Applaus der Teilnehmer widerspiegelte den Dank für diese Dokumentation. Da das Interesse sehr groß war, mußte der Referent viele Fragen beantworten. Hier konnte man erkennen welcher Aufklärungsbedarf zu diesem Thema besteht. Erfreulich war die Aussage von H. Eichenberger, daß er zu Vorträgen in den Kreisgruppen des BdV und der Landsmannschaften bereit sei.

Nun folgte der Vortrag „Das deutsche Kulturerbe im Osten - Reichtum und Verpflichtung“ von Herrn Tilman Bollacher vom Innenministerium Baden-Württemberg. Hervorzuheben sind die Kenntnisse des Referenten über die verschiedenen Vertreibungspläne



Prof. Dr. Schulz bei seinem Vortrag, links von ihm BdV-Landessvorsitzender Arnold Tölg, rechts BdV-Landeskulturreferent Albert Reich.

Und nun übergab Herr Reich das Wort an Herrn Dr. Karl-Peter Krauss, Leiter des Hauses der Heimat Stuttgart. Sein Referat befaßte sich schwerpunktmäßig mit der Kulturarbeit des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Herr Dr. Krauss hob die Bedeutung des Hauses der Heimat in der Koordination der Kulturarbeit hervor. Erforderte alle Kulturgruppen zur Pflege der Kultur der Herkunftsländer auf. Dieses Erbe dürfe nicht verloren gehen. Dieser Pflege solle die angemessene Nutzung der Fördergelder des Innenministeriums dienen.

Einen spannenden Vortrag mit dem Titel „Die Deutschen in Rußland. Von der Dienstreise in die Fremde zur Heimkehr in die Fremde?“ hielt Herr Garsten Eichenberger M.A., Backnang. Dieser multimediale Vortrag zur Kultur- und Siedlungsgeschichte der Deutschen in Rußland versetzte die Teilnehmer in Staunen. In kurzer Zeit hatte man einen Überblick über die Aussiedlung der mehrfach Vertriebenen und der Rückkehr nach Deutschland. Bemerkenswert war für

der. Sein Appell ging dahin, das Kulturerbe zu pflegen, denn es sei ein Bestandteil der deutschen Kultur.

Es folgte ein wohl verdientes Abendbrot.

Die Teilnehmer der Tagung bildeten Fahrgemeinschaften, um ins Schießhaus der Stadt Heilbronn zu gelangen. Hier wurden sie von Bürgermeister Kühler empfangen. Herr Kühler begrüßte die Teilnehmer bei einem Sektempfang und überreichte jedem als Geschenk ein Säckchen Salz und ein Viertel Heilbronner Wein. Die Stadtverwaltung begrüßte es, daß die Kulturreferententagung des BdV in Heilbronn stattfindet.

Anschließend brachte das Malinconia-Ensemble Stuttgart unter der Leitung von Helmut Scheunchen, Esslingen, Werke aus den Gebieten der Vertreibung zu Gehör. Wir berichteten darüber in unserer letzten Ausgabe.

Am Samstag nach dem Frühstück fuhren die Teilnehmer in das Haus der Heimat Heilbronn, wo die Tagung fortgesetzt wurde. Hier kam Herr Märtsch zum Zuge.

Fortsetzung auf S. 6

Landeskulturtagung Fortsetzung von Seite 5 Mit Stolz, und nicht zu Unrecht, mit großer Leidenschaft referierte er über die Entstehung des Hauses.

Die Kulturreferenten hatten die Möglichkeit, die noch kleine Ausstellung zu sehen, erläutert durch die sachkundigen Kenntnisse von Herrn Märtsch.

Ulrich Klein, BdV-Landesgeschäftsführer, referierte über 50 Jahre Baden-Württemberg. Er forderte die Verbände und Kreisgruppen auf, an dieser Feier am 28. September in der Stuttgarter Liederhalle in großer Zahl teilzunehmen. Herr Klein wies auf die entscheidende Zustimmung der Vertriebenen bei der Vereinigung der beiden Länder Baden und Württemberg vor 50 Jahren hin.

Es folgte der Vortrag „Das Vermächtnis Preußens“ von Prof Dr. Eberhard G. Schulz,

Präsident der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Marburg. Es war ein sehr dokumentierter Vortrag. Herr Schulz erläuterte die Entstehung Preußens und den demokratischen Gedanken, der von hier ausging. Auch dieser Vortrag wurde von einer regen Diskussion ergänzt.

Danach genoss man von den Frauen des BdV vorbereitetes Mittagessen. Die Teilnehmer sparten nicht am Lob für die Köchinnen. Anschließend referierte Herr Arnold Tölg, BdV-Landesvorsitzender, Bad Liebenzell, über „Den BdV - Vereinigte Landsmannschaften in unserem Lande. Wie sichern wir unsere Arbeit auf Dauer“.

Um 15 Uhr beendete Herr Reich die Tagung mit dem Dank an alle Teilnehmer, denen er eine gute Heimreise wünschte.

Johann Schuster

nordböhmisches Adlergebirge stammend, in seinem Referat grundsätzliche Stellung zur Entwicklung der Paten- und Partnerschaften damals wie heute und leitete aus der Wandlung Europas in den letzten zwei Jahrzehnten die Chance ab, durch eine Öffnung hin zu den heutigen Bewohnern der ursprünglichen Heimatorte und -regionen nach wie vor vorhandene Mauern, Vorurteile und bestehendes Mißtrauen abzubauen.

Sowohl Bernhard Ilg, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim, als auch Franz Longin, Sprecher der Südmährer und Vorsitzender des Sudetendeutschen Heimatrates, betonten in ihren Referaten die Erwartungen, Schwierigkeiten und Möglichkeiten von kommunalen Patenschaften über sudetendeutsche Heimatgemeinschaften in der Gegenwart und Zukunft. In der anschließenden Diskussion kam ein vorbehaltloses „Ja“ zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Patenschaften zum Ausdruck. Diese seien mit Leben zu erfüllen und mit persönlichen Kontakten auszubauen.

Die Referate des ersten Tages beschloß Ministerialdirigent Herbert Hellstern, Leiter der Abteilung für Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Kriegsgeschädigte im Innenministerium Baden-Württemberg mit seinen Ausführungen zu kommunalen Patenschaften aus Sicht der Landesregierung, die u. a. auch mit großem Engagement Patenschaften über die Donauschwaben und die Rußlanddeutschen übernommen hat.

Musikalisch umrahmt in Form einer „musikalischen Reise durch das Sudetenland“ wurde die Tagung vom „Sudetenland-Quartett“ aus Hirschkorn am Neckar unter Leitung von Heinz Hess.

Am zweiten Tag der Veranstaltung wurde in weiteren Referaten, u.a. vom langjährigen tschechischen Botschafter in der Bundesrepublik, Herrn Frantisek Cerny, dem Leimener Oberbürgermeister Wolfgang Ernst und weiteren Vertretern nordmährischer vertriebener Deutschen, Möglichkeiten über die Ausweitung der Beziehung und Kontakte über die Grenzen hinweg angesprochen. Insbesondere bezog Cerny auch Stellung zu den bekannten und seiner Meinung nach „absolut schädlichen“ Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten bezüglich der BeneschDekrete. Cerny betonte aber: „Das was sich auf menschlicher und kommunaler Ebene zwischen Sudetendeutschen und Tschechen bereits Vernünftiges und Hoffnungsvolles entwickelt hat, darf nicht durch Irritationen aus dem Bereich der Politik in Frage gestellt werden.“

Am Ende der Tagung konnte Horst Löffler erfreut und berechtigt feststellen, daß das von ihm eingangs bezeichnete „Pilotprojekt“ äußerst erfolgreich war, Kontakte geknüpft, Vorurteile abgebaut und Wünsche geweckt wurden, zukünftige Paten- und Partnerschaften wesentlich stärker als bisher aus- und aufzubauen.

Leitwort zum „Tag der Heimat 2002“:

ERINNERN, BEWAHREN - ZUKUNFT GEWINNEN

Von der Patenschaft zur Partnerschaft

Sudetendeutsch-tschechisch-deutsche Tagung in Baden-Württemberg

Patenschaften deutscher Kommunen über Heimatgemeinschaften deutscher Vertriebener gibt es in der Bundesrepublik in großer Zahl. In Baden-Württemberg bestehen allein 32 derartige Patenschaften von Städten und Gemeinden im Bereich sudetendeutscher Vertriebenengemeinschaften. Seit der politischen Wende in Europa greifen solche Patenschaften in zunehmender Zahl über die Grenzen, hin zu den ursprünglichen Heimatorten und Heimatgebieten und ihren heutigen Bewohnern und entwickeln sich zu Partnerschaften.

Erstmals fand am 2. und 3. März 2002 in Baden-Württemberg eine gemeinsame Tagung von Patenschaftsgebern, Patenschaftsnehmern und tschechischen Partnern mit dem Ziel statt, den gegenwärtigen Stand vorhandener Paten- und Partnerschaften zu ermitteln sowie nach deren Sinngehalt und Entwicklungspotential zu fragen.

Über 70 Teilnehmer konnte Tagungsleiter Horst Löffler, zugleich stellvertretender SLObmann, im idyllisch gelegenen Landhotel „Forsthof“ in Kleinbottwar bei Ludwigsburg begrüßen.

Zahlreiche Bürgermeister, Oberbürgermeister, Ministerialbeamte, Heimatbetreuer und Vorsitzende sudetendeutscher Vertriebenengemeinschaften sowie Vertreter tschechischer Kommunen und Organisationen waren angereist, um an diesem „Pilotprojekt“ teilzunehmen. Löffler bezeichnete die bundesweit einmalige Tagung als „ein Wagnis, welches aber bei Gelingen neue Perspektiven und sinnvolle Wege zu einer für alle Beteiligten positiven Entwicklung eröffnen kann“.

Zu Beginn der Tagung bezog der Historiker und Pädagoge Prof. Alfred Brückner, aus dem



Ostmitteleuropa zwischen Versailles und der Vertreibung der Deutschen

Vortrag von prof. Dr. Hornung beim 50. BdV-Landesverbandstag

Unser heutiger Umgang mit Geschichte, insbesondere mit der sog. Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, ist vielfach durch eine ideologische Betrachtungsweise bestimmt. Wir beurteilen Geschichte meist post festum, also in der Perspektive jener, die vom geschichtlichen Rathaus kommen, anstatt genetisch, im Sinn ihrer Entstehungsverhältnisse, Bedingungen und Wechselwirkungen. Der Soziologe Helmut Schoeck hat das in seinem Buch „Die 12 Irrtümer unseres Jahrhunderts“ (1985) mit den folgenden, nur wenig überspitzten Sätzen zusammengefaßt: „Die heute in Politik und Medien tonangebende Generation (man wird leider auch Teile der Wissenschaft hinzuzählen müssen) ist historisch so ungebildet und verbildet wie keine mit der Hochschulreife ausgestattete Generation seit 1850. Sie kann mit den ersten 45 Jahren des 20. Jahrhunderts in den eigenen Köpfen nicht umgehen, glaubt aber ganz genau zu wissen, wie alle anderen, die damals lebten, hätten handeln sollen.“ Ideologischer Umgang mit Geschichte besteht auch dort, wo sie vor allem unter den Kategorien von „Schuld und Sühne“ beurteilt wird. Mein Tübinger Lehrer der Geschichte Hans Rothfels hat schon am Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als er in Königsberg lehrte, betont, die Kategorien der Geschichtswissenschaft seien aber nicht Schuld und Sühne, sondern Ursache und Wirkung.

Schiefe, ideologische Betrachtungsweise

Die schiefe, ideologische Betrachtungsweise herrscht gerade auch in der Beurteilung der Geschichte Ostmitteleuropas und Südosteuropas zwischen 1918/19 und 1945 vor, zwischen Versailler Vertrag und der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen ab 1944/45. Dann wird gesagt: Die Vertreibung sei letztlich nichts anderes als die „Strafe“ für die „Schuld“, die die Deutschen mit den entsetzlichen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs auf sich geladen hätten, eine verständliche, ja gerechte Strafe des göttlichen Weltgerichts. Fragt man aber entsprechend den wissenschaftlichen Kategorien von Ursache und Wirkung, dann heißt das, die Frage nach den Zusammenhängen zu stellen, die zwischen 1919, 1933 und 1945 und den folgenden Jahren bestehen, also zwischen den Friedensverträgen von 1919 - Versailles und St. Germain - und der Entwicklung, die dann zu 1933, 1939 und 1945 führte. Bekanntlich sollte die Neuordnung Europas nach dem Er

sten Weltkrieg gemäß den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker erfolgen, die neuen Grenzen in Ostmitteleuropa entsprechend den nationalen Siedlungsgrenzen festgelegt werden, Staats- und Volksgrenzen soweit als möglich übereinstimmen. Das galt insbesondere für die Völker Österreich-Ungarns, für die Punkt 10 „die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung“ forderte. Auch für die neue deutsch-polnische Grenze sollte der Grundsatz gelten, sie entsprechend der „unstreitig polnischen“ Bevölkerungsmehrheit zu ziehen. Aber im gleichen Polen betreffenden Punkt 13 war auch von einem „freien Zugang Polens zum Meer“ die Rede. Bei den Friedensverhandlungen erwiesen sich so ganz andere Prinzipien als die nationaler Selbstbestimmung und Grenzen als wichtiger: wirtschaftliche und strategische Interessen.

Überall Kompromißlösungen

So entstanden überall Kompromißlösungen. Von wenigen Ausnahmen wie etwa Estland und Lettland abgesehen, entstanden nirgends zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria einigermaßen homogene Nationalstaaten, sondern wiederum vor allem Nationalitäten-Staaten, ähnlich wie die vorherige Donaumonarchie, nur im verkleinerten Maßstab, ethnische Mosaikgebilde aus den jeweiligen Staatsnationen und zahlreichen nationalen Minderheiten, wie man sie nannte, Nationalitäten und Nationsteilen, deren Nationalstaaten jenseits der Grenzen lagen (wie zwischen Polen und Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie Rumänien und Ungarn usf.). Entsprechend der in diesem Raum seit Jahrhunderten be

stehenden Völkergemengelage war das auch gar nicht anders möglich, es sei denn, man hätte schon damals zum Instrument der Vertreibung im Interesse der Herstellung national homogener Staaten gegriffen. Selbst den Führern der jungen Staatsnationen war das am Ende des Ersten Weltkriegs klar; so hat Eduard Benesch den westlichen Alliierten versprochen, den neuen tschechoslowakischen Staat mit weitgehender Autonomie für die Minderheiten entsprechend dem Muster der Schweiz zu organisieren.

Versprechen nicht eingehalten

Das eigentliche Verhängnis für die folgende Zeit bestand also darin, daß dieses Versprechen von den Führern der neuen Staaten durchweg nicht eingehalten worden ist. Deren Politik lief im Gegenteil von Anfang an auf das Ziel hinaus, straff unitarische Nationalstaaten zu errichten und die Minoritäten mit Methoden der Unterdrückung längerfristig zu beseitigen, zu entnationalisieren und der Titularnation zu assimilieren. Den Polen, Tschechen, Rumänen etc. waren von den westlichen Alliierten zwar 1919 Minderheitenschutzverträge aufgezwungen worden, sie wurden aber weitgehend unterlaufen und ausgehöhlt. In der Tschechoslowakei blieben neben den Tschechen und Slowaken die starken Minderheiten der Deutschen (3 1/1 Millionen), Ungarn (über 1 Million) und Karpathoukrainer (Ruthenen) doch Bürger z. Klasse, was sich in der Sprachen- und Schulpolitik ebenso niederschlug wie in Benachteiligungen in Industrie und Handwerk und bei den Staatsangestellten. Über ein Jahrzehnt waren die sudetendeutschen Sozialdemokraten in den deutsch be

Fortsetzung auf Seite 8



siedelten Gebieten die stärkste Partei. Und obwohl die Deutschen im November/Dezember 1918 durch militärische Gewalt der Tschechen in den neuen ungewollten Staat hineingezwungen worden waren, waren die deutschen Parteien lange Zeit zur politischen Mitarbeit bereit. Ihre maßvollen und vernünftigen Reformvorschläge, die Forderung, diesen unechten Nationalstaat und faktischen Nationalitätenstaat zu einem „Föderativstaat freier und gleichberechtigter Nationen“ umzuwandeln, scheiterte am arroganten tschechischen Nationalismus. Erst durch die Wirtschaftskrise ab 1929/30, die gerade die neuen ostmitteleuropäischen Staaten besonders hart traf, erhielten bei den Sudetendeutschen die nationalistischen Kräfte, insbesondere der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins, Auftrieb. Aber nicht einmal nach den „Erdrutschwahlen“ von 1935 vermochten die Tschechen sich zu wirklicher Autonomie durchzuringen; vereinzelte Forderungen, den Staat umzubauen mit dem Deutschen als „2. Staatsvolk“ blieben Literatur. Der Weg zum Anschluß an das Reich, der dann durch das Münchener Abkommen vollzogen wurde, war damit frei.

Hitler brauchte mit seinem Druck ab Frühjahr 1938 hier nur noch nachzuhelfen. Die englische Kommission unter Lord Runciman empfahl im Sommer 1938 die Münchener Grenze des 29. September. Auf diesem Hintergrund der geschichtlichen „Ursachen und Wirkungen“, beginnend mit dem „demokratischen Fehlstart“ der Tschechoslowakei gleich 1918/19 und allen gebrochenen Versprechen seit Benesch und Masaryk, wird man die kürzlichen Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman nur als schlimme nationalistische Geschichtsklitterung und historische Einsichtslosigkeit bezeichnen können.

Zeemanns Äußerungen schlimme nationalistische Geschichtsklitterung

Auch das Polen von 1919 war ein solcher Mosaikstaat. Von seinen 27 (23) Millionen Einwohnern waren nach 1918 nur 18,8 Millionen Polen; daneben lebten in ihm 3,8 Mil

lionen Ukrainer, 2 Millionen Juden und je 1 Million Deutsche und Weißrussen, im Wilnagebiet noch einige hunderttausend Litauer. Auch hier wurde von der polnischen Regierung der Minderheitenschutzvertrag der Alliierten nur mit Zähneknirschen akzeptiert, in der Praxis unterlaufen und gebrochen. Nach der Volkszählung von 1910 hatten in Posen, Westpreußen und Pommerellen 3,8 Millionen Deutsche gelebt. Schon im Januar 1920, ein halbes Jahr nach der Übernahme der Gebietshoheit durch Polen, waren aus diesem Gebiet 1,1 Millionen Deutsche abgewandert, zum Teil in „panikartiger Flucht“. Natürlich war das Teil und Rückstoß, Revanche des bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts währenden deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes, der bis 1914 umgekehrt zu einer forcierten deutschen Zuwanderung geführt hatte. Aber nach 1918 zahlten die Polen nun in gleicher Münze zurück. Artikel des Versailler Vertrags boten dazu die Handhabe, etwa durch die Bestimmung der entschädigungslosen Enteignung des Besitzes vor allem der seit 1900 eingewanderten Deutschen. Aber faktisch ist es durch die nationalistische, chauvinistische Politik der Polen, über die es eine Fülle von Literatur gibt, schon seit 1919 zu einer Vertreibung großer Teile der deutschen Bevölkerung gekommen. Während 1910 in Posen-Westpreußen 46,3 % Deutsche lebten, waren von diesen bis 1934 75 % abgewandert.

Verträge von Versailles und St. Germain revisionsbedürftig

Zur historischen Analyse im Sinn von Ursachen und Wirkungen gehört nun auch, daß solche Feststellungen und Belege, die ich gerade zitiert habe, nichts mit deutschem Nationalisten zu tun haben (der einem dann heute rasch und leichtfertig unterstellt wird), sondern daß bereits im Kreis der alliierten Friedensmacher von 1919 selbst die Verträge von Versailles und St. Germain als unvernünftig, unhaltbar und revisionsbedürftig beurteilt wurden. So hat z.B. der britische Premierminister David Lloyd George bereits in seinem Fontaine-bleau-Memorandum vom

25. März 1919 davor gewarnt, „mehr Deutsche der deutschen Oberhoheit zu entziehen und sie der Herrschaft einer anderen Nation zu unterstellen als unbedingt nötig“. Er konnte sich „keinen besseren Grund für einen künftigen Krieg vorstellen als wenn das deutsche Volk von einer Reihe kleiner Staaten umgeben sein sollte, in denen eine große Zahl von Deutschen leben, die sich nach einer Wiedervereinigung mit ihrem Mutterland sehnen. Lloyd George ist es damals denn auch gelungen, durch die Festlegung von Volksabstimmungen in Ostpreußen und Oberschlesien dem nationalen Selbstbestimmungsrecht zugunsten der Deutschen wenigstens einigermassen Geltung zu verschaffen. Auch einer der Berater Präsident Wilsons in Versailles, der Historiker Archibald Coolidge, empfahl 1919, leider vergeblich, die Zahl der Deutschen in den neuen Staaten so klein wie möglich zu halten und auch er warnte vor der Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts durch strategische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte und Interessen - z. B. daß die Polen etwa das oberschlesische Industriegebiet beanspruchten und einen möglichst großen Küstenabschnitt an der Ostsee, am besten von Stettin bis zur Memel, besitzen wollten. Ähnlich argumentierten ja auch die Tschechen: sie mußten eben unbedingt die Kohlevorkommen und Industriegebiete in den deutsch besiedelten böhmisch-mährischen Randgebieten haben und überhaupt gelte es, die Einheit der „Länder der Wenzelskrone“ zu erhalten (Thomas Masaryk). Der französische Marschall Foch, der Sieger von 1918, hatte keinen Zweifel, daß durch die Abspaltung Ostpreußens durch den sog. „polnischen Korridor“ im Versailler Vertrag der Grund für den nächsten Krieg gelegt wurde. Der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, nannte 1926 den polnischen Korridor „das Pulverfaß Europas“ und der Franzose Prof. Rene Martel, Professor für Slawistik an der Pariser Sorbonne, vertrat die Ansicht, „daß die gegenwärtige Lage (an der deutsch-polnischen Grenze von 1919) krankhaft und auf die Dauer unerträglich“ sei und eine Revision erfordere.

Deutsch-polnische Grenze von 1919 unhaltbar

Im übrigen waren sich alle deutschen politischen Kräfte in der Weimarer Republik bis hin zur Sozialdemokratie darin einig, daß die deutsch-polnische Grenze von 1919 auf Dauer unhaltbar war. 1925 nannte Reichsaußenminister Gustav Stresemann „das nächste Ziel der deutschen Außenpolitik die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Grenzbestimmungen des Friedensdiktats“ (polnischer Korridor). Theodor Eschenburg hat in seinen Erinnerungen „Hören Sie mal zu“ von einem Vortrag

Fortsetzung auf Seite 9



Stresemanns vor Studenten in Tübingen 1927 berichtet, in dem der Außenminister öffentlich das Ziel nannte einer „grundlegenden Korrektur der deutsch-polnischen Grenze: Rückgabe Danzigs und Schlesiens“ (Oberschlesien) mit einer deutschen Gegenleistung wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe für Polen in seiner prekären Wirtschaftslage.

Zusammenfassung:

Die Friedensmacher von 1919 hatten mit der Parole des Selbstbestimmungsrechts der Völker, jedoch unter deren weitgehender Verletzung in Ostmittel- und Südosteuropa un stabile faktische Nationalitätenstaaten, ethnische Mosaikgebilde geschaffen, die vor allem bei den gegen ihren Willen in diese Staaten gezwungenen Minderheiten Unzufriedenheit hervorrufen mußten, eine Situation, die diesen ganzen Raum politisch instabil hielt und die Minderheiten früher oder später auf Revision der Verhältnisse drängen ließ.

Schwächung und Ausschaltung nationaler Minderheiten

Da die Führer der Staats- oder Titularnationen (Polen, Tschechen, Serben) entgegen den objektiven Verhältnissen der vielfach verzahnten Völkergemengelage unitarische Nationalstaaten anstrebten und langfristig die Schwächung und Ausschaltung der nationalen Minderheiten, nicht föderalistische Lösungen, mußte das zusätzlich Wasser auf die Mühlen des Revisionismus in diesem Raum leiten. Und nach 1933 konnte sich dann vor allem Hitler als Anwalt des von Wilson aufgestellten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung aufspielen. Indessen war gerade auch für ihn diese Losung nur ein Instrument der nationalsozialistischen rassenimperialistischen Expansion nach Osten. Diese war die Wurzel aller Verbrechen, die dann seit Kriegsbeginn 1939 in diesem Raum von den Nationalsozialisten begangen wurden. Da die andere Seite jedoch seit 1919 ihrerseits gegen die Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung immer wieder verstoßen hatte, hat sie die Gegenreaktion Hitlers und der Nationalsozialisten in unverantwortlicher Weise mit verursacht: ein klassisches Beispiel für das Wesen von Geschichte und Politik, die in fortgesetzten Wirkungen und Gegenwirkungen bestehen.

Mein Lehrer in Tübingen, Hans Rothfels, hat sich bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten aus antisemitischen Gründen 1934 als Historiker an der Universität Königsberg immer wieder betont, daß die historisch gewachsene Völkergemengelage dieses Raumes keinen unitarischen Nationalstaat, sondern nur föderalistische und autonomistische Ordnungsformen erlaubte, um ein erträgliches Zusammenleben der Nationen und Nationalitäten zu ermöglichen. Diese Hoffnungen haben Hitler und die Nationalsozialisten zerstört.

Durch die Vertreibung der Deutschen als Folge des Zweiten Weltkriegs ist dort eine völlig neue Lage entstanden: Dadurch ist weitgehend ein jeweils homogener Nationalstaat möglich geworden und das gilt auch für weite Teile des 3. Projekts von 1919, des jugoslawischen Vielvölkerstaats nach 1990. Insofern könnte man davon sprechen, daß die Vertreibungen auch stabilisierende, auf Frieden gerichtete Konsequenzen hatten.

Wirkliche Versöhnung muß Fragen von Ursache und Wirkung nachgehen

Aber man wird hinzufügen müssen: Wirkliche Verständigung und Versöhnung insbesondere zwischen den Deutschen einerseits und Tschechen und Polen andererseits, wird nur möglich werden, wenn sich alle Beteiligten - auch die Sieger und Mitsieger von 1945 - deutlich machen, daß eine Geschichtsbetrachtung vor allem unter den Kategorien von Schuld und Sühne in die Irre geht, nichts wirklich erklärt, sondern daß unser Umgang mit der Geschichte dem „kausalen Nexus“ (Ernst Nolte), den Fragen von Ursachen und Wirkungen nachgehen muß, den realen und verflochtenen Prozessen und Wechselwirkungen. Eine einseitige Moralisierung dieser Prozesse, sei es als Apologie der eigenen Seite, sei es ein nicht abreißendes Suchen und Finden von „Schuld“ nur bei den Eigenen öffnet keine Wege in die Zukunft. Der Historiker muß die Scheinwerfer der Forschung stets auf alle Akteure auf der historischen Bühne richten, diese Bühne in ihrem ganzen Umfang, nach Breite und Tiefe gleichermaßen ausleuchten, um eben ein möglichst umfassendes Bild und Urteil zu gewinnen. Der moralische Faktor, die Fragen nach Schuld und menschlichem Versagen werden dadurch nicht ausgeblendet, aber in einen erkennbaren Sinn-Zusammenhang gestellt, der den Blick auf Grundfragen der Menschennatur öffnet. Denn nichts ist auch moralisch falscher als Schwarz-Weiß-Urteile. Mit einer solchen Herangehensweise wird der Historiker seinen Beitrag leisten zur Verständigung der Nationen und damit für eine gemeinsame europäische Zukunft. Zumeist sind es die Machthaber des Tages und des Marktes, die die volle Wahrheit nicht mögen, weil sie meinen, die störe ihre politischen Kreise. Ein Politiker wie Herr Zeman ist dafür ein gutes Beispiel. Hier möge deshalb das Wort des spanischen Schriftstellers und Häftlings von Buchenwald, Jorge Semprún, gelten: „Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen.“ Stehen wir daher an der Seite der Erinnerung gegen die vordergründigen Interessen und Tendenzen einer eindimensionalen Gegenwart und damit an der Seite der Wahrheit, soweit sie Menschen irgend möglich wird!

Unser Schicksal und Herkommen darf nicht untergehen

Immer wieder habe ich in Gesprächen mit Amerikanern erlebt, daß sie nicht wußten woher ihre Eltern oder Großeltern in Deutschland kamen.

Inzwischen beobachten wir dieses Phänomen auch bei den Nachkommen der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler. Bei nicht wenigen Familien dürfte das Wissen über die Herkunft und die Hintergründe der Familiengeschichte endgültig verloren sein, da Eltern und Großeltern keine Auskünfte mehr geben können. Es wurde einfach versäumt, rechtzeitig schriftliche Aufzeichnungen zu machen. Dies wird immer wieder hinausgeschoben, bis es zu spät ist, was mir von vielen Seiten mit großem Bedauern bestätigt wurde. Hinzu kommt, daß bei diesem Personenkreis traditionelle Familienunterlagen und Quellen oft nicht mehr vorhanden sind.

Ich appelliere deshalb an alle Betroffenen, alles Wissenswerte niederzuschreiben oder Kindern und Enkeln zu diktieren. Auch wenn die Kinder oder Enkel heute wenig Interesse zeigen, kann es in wenigen Jahren schon wieder ganz anders sein.

Gerade die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sollten ihre Verantwortung für die Begründung einer Familientradition ernst nehmen. Spätere Generationen werden sicher nach dem Schicksal ihrer Vorfahren fragen. Wenn gute Aufzeichnungen vorhanden sind, wird die Geschichte der Flucht, Vertreibung, Deportation und Spätaussiedlung lebendig bleiben.

Ich habe schon vor Jahrzehnten angefangen, Berichte von Großeltern, Eltern und Verwandten mit allen verfügbaren Daten niederzuschreiben und mit meinen drei Brüdern auszutauschen. Unsere Kinder erhalten alle eine Sammlung dieser Berichte. Und wir schärfen ihnen ein, diese Berichte als wertvolles Familienerbe zu behüten, zu ergänzen und an ihre Kinder wieder weiter zu geben.

BdV-Landesvorsitzende)

Herausgeber: Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften, Landesverband BadenWürttemberg e. V., 70176 Stuttgart, Schloßstraße 92, Ruf 0711 /62 52 77, Fax 0711 /61 01 62. <http://home.tonline.de/home/bdvbw> E-Mail: zentrale@bdv-bw.de Verantwortlich für den Inhalt: Ulrich Klein und Mitarbeit Rocco Nemitz Erscheint vierteljährlich für die Mitglieder des BdV in BadenWürttemberg Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18.5.2002 Die gezeichneten Artikel stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Schriftleitung überein. Bezugspreis jährlich € 25, Druck: Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit), Telefon: 0711/44 06-0 Fax 07 11/44 23 49 Vertriebszeichen F 20094 F.

Enteignungs- und Ausbürgerungsgesetze auch in Polen noch geltendes Recht

Im Zusammenhang mit den Benesch-Dekreten erinnert der stellv. Bundesvorsitzende, Peter Großpietsch, in einem Grundsatzartikel in den „Schlesischen Nachrichten“, dem Bundesorgan seiner Landsmannschaft, zu Recht an die heute auch in Polen noch gültigen Enteignungs- und Ausbürgerungsrechte vom 28.2. und 6.5.1945 sowie vom 3.1. und 8.3.1946.

Der seinerzeit von Stalin eingesetzte kommunistische Statthalter Bierut hatte mit diesen Gesetzen in Polen die Grundlage für die völkerrechtswidrige Vertreibung und Enteignung der Deutschen geschaffen. Die polnische Regierung hat diese bisher weder aufgehoben noch sich davon distanziert.

Im Unterschied zu Benesch, der heute in Tschechien wieder zunehmend größte Verehrung erfährt, ist Bierut in der polnischen Politik mehr oder weniger vergessen, wie sich auch das deutsch-polnische Verhältnis mit dem Nachbarschaftsvertrag im Unter-

schied zu Tschechien wesentlich verbessert hat.

Auf die auch von BdV-Präsidentin Erika Steinbach erhobene Forderung an die EU Beitrittskandidaten, alle bestehenden Unrechtsdekrete aufzuheben, kann auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit der EU als Wertegemeinschaft nicht verzichtet werden.

Auch die LM Schlesien forderte inzwischen auf ihrer Bundesdelegiertentagung am 27.4. dieses Jahres in Görlitz mit Nachdruck die Aufhebung dieser Unrechtsdekrete.

Bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ist neu erschienen:

Witold Stankowski, Lager für Deutsche in Polen. Am Beispiel Pommerellen/Westpreußen (1945-1950) Durchsicht und Analyse der polnischen Archivalien, 203 Seiten, gebunden, ISBN 3-88557-207-9, EUR 14,30

PolnESches Oberstes Verwaltungsgericht gibt deutsches Eigentum zurück

Durchbruch in der Frage der Restitution

Das Oberste Verwaltungsgericht in Polen gab einem in der Bundesrepublik wohnenden Deutschen Recht und sprach ihm das alte Eigentum zu. Es handelt sich um eine Mühle in Gnadenfeld im Kreis Cosel, Oberschlesien, die 1946 zunächst unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, bevor 1948 die Enteignung erfolgte.

Damalige Interventionen des Eigentümers Richard Jauernik bei staatlichen Stellen brachte keinen Erfolg. Seit 1961 lebt er mit seiner Familie als Aussiedlerin der Bundesrepublik, die polnische Staatsbürgerschaft wurde aberkannt.

Mit der Enteignung hatte sich die Familie nie abgefunden. Gleich nach der politischen Wende in Polen 1990 wandte sie sich an das damals bestehende Ministerium für Eigentumsfragen in Warschau. Erst zehn Jahre später entschied das Wirtschaftsministerium, daß die Verstaatlichung der Mühle unwirksam und die Immobilie zurückzugeben sei. Da der jetzige Betreiber, eine Firma in der Getreideverarbeitung, dagegen klagte, kam es zu dem gegenwärtigen Urteil des Gerichts. Das Urteil ist sicher für einen Teil enteigneter Deutscher bahnbrechend, nämlich für die, die zum Zeitpunkt der Enteignung die polnische Staatsbürgerschaft hatten. Dies gilt für Aussiedler und für Deutsche in der Heimat.

Mit dem Urteil wird auch gezeigt, daß in Polen mit Blick auf die EU-Mitgliedschaft und das europäische Recht offenbar ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat.

Die im Bund der Vertriebenen (BdV) zusammengeschlossenen Landsmannschaften in Baden-Württemberg verabschiedeten auf ihrem 50. Landesverbandstag am 4. Mai 2002 in Stuttgart folgende

Resolution

Mit großer Sorge stellen wir fest, wie im Vorfeld des Beitrittsverfahrens für die Tschechische Republik (CR) zur Europäischen Union (EU) die nach der Katastrophe des z. Weltkrieges aus der europäischen Einigungsidee gewachsene Wertegemeinschaft durch die chauvinistische Haltung der CR Schaden zu nehmen droht, zumal diesem antieuropäischen Starrsinn weder von der deutschen Regierung noch von den anderen großen Mitgliedstaaten der EU energisch widersprochen wird. Insbesondere der jüngste Beschluß des tschechischen Parlaments, der in ungewöhnlicher Einmütigkeit ein Bekenntnis auch zu denjenigen verbrecherischen Beneg-Dekreten ablegt, welche die Ermordung, Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen im Jahre 1945 nach dem Prinzip der Kollektivschuld legalisieren, stellt eine einmalige Provokation und Bloßstellung der EU und ihrer Mitglieder sowie der europäischen Rechtsordnung dar. Ungeachtet der Resolution und Beschlüsse

- des US-Repräsentantenhauses vom 13.10.1998
- des EU- Parlamentes vom 15.4.1999
- des österreichischen Nationalrates vom 19.5.1999 und
- des UN-Menschenrechts-Ausschusses vom 30.10.2001 welche die Rechtswidrigkeit der tschechischen Vertreibungs- und Enteignungsde-

krete sowie der Restitutionsgesetze mißbilligen und ihre Aufhebung fordern, bekennt sich die CR weiterhin offen zum Völkermord, Vertreibung, Raub und Rassismus. Wir deutschen Heimatvertriebenen haben diesem unheilvollen Teufelskreis von Rache, Vergeltung und Diskriminierung nicht nur abgeschworen, sondern in der Charta von 1950 ein öffentliches Bekenntnis zu einer Nachkriegsordnung in Europa in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit abgelegt, an dessen Aufbau wir in den letzten 50 Jahren maßgeblich beteiligt waren. Wir lassen es daher nicht zu, daß dieses Jahrhundertwerk der europäischen Einigungsidee von rückwärtsgewandten und chauvinistischen tschechischen Politikern, die der europäischen Idee noch nicht gewachsen sind, aus falscher Rücksichtnahme und ungeduldigem Beitrittsaktionismus untergraben wird. Wir appellieren daher an die politisch Verantwortlichen in der EU, die genannten und fortbestehenden Dekrete und Gesetze endlich zum Gegenstand der Beitrittsverhandlungen mit der CR zu machen, weil sie den Kopenhagener EU-Aufnahmekriterien von 1993 sowie den Grundwerten der europäischen Rechtsordnung widersprechen. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Slowakei sowie die Beitrittsverhandlungen mit Polen und seine Dekrete. Europa braucht Mut zur ungeteilten Wahrheit und Gerechtigkeit.

Ausstellung des Hauses der Heimat in der Stuttgarter Universitätsbibliothek eröffnet

Vom deutschen Südwesten in das Banat und nach Siebenbürgen

Anlässlich des 50jährigen Landesjubiläums hat Heribert Rech, Staatssekretär im Innenministerium und Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, die Ausstellung „Dan hier ist besser zu leben als in dem Schwabenland - Vom deutschen Südwesten in das Banat und nach Siebenbürgen“ zusammen mit dem Staatssekretär im rumänischen Ministerium für Kultur und Kultus, Universitätsprofessor Dr. Ioan Opriş im mit über 250 Personen vollbesetzten Foyer der Stuttgarter Universitätsbibliothek eröffnet.

Die zweisprachige (deutsch-rumänische) Ausstellung ist vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg konzipiert und erarbeitet worden. Sie erinnert nach Rechts Worten an die Menschen, die im 18. und 19. Jahrhundert aus dem Südwesten Deutschlands nach Ostund Südosteuropa auswanderten und dort einen wichtigen Beitrag zum multiethnischen Charakter dieser Region Europas geleistet haben. Staatssekretär Dr. Ioan Opriş aus Bukarest fügte in seinem Grußwort hinzu, durch den Weggang der Nachfahren der eingewanderten Deutschen aus dem Banat und aus Siebenbürgen sei ihm und seinen rumänischen Landsleuten eine bestimmte Art zu arbeiten und zu leben verlorengegangen, seien sie „um vieles ärmer“ geworden. Als Zeichen dieses Zusammenlebens blieben heute nur die Kirchen, befestigte Kirchenburgen, Straßenzüge und Häuser - für den, der diese Zeichen „lesen“ könne sei klar zu erkennen, wie stark der Einfluß zum Beispiel der Siebenbürger Sachsen auf ihre rumänischen Nachbarn gewesen sei. Frau Dr. Annemarie Röder, stellvertretende Leiterin des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg und Projektleiterin der Ausstellung, führte anschließend in die Ausstellung ein. Anhand zahlreicher Ausstellungsstücke beleuchtete sie anschaulich die individuellen Motive, Lebenswege und Schicksale südwestdeutscher Auswanderer

in das Banat und nach Siebenbürgen und machte die Tragweite eines Beschlusses, alles aufzugeben und zurückzulassen, deutlich.

Die neue Ausstellung wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Banater Museum in Temeswar sowie mit Unterstützung deutscher und rumänischer Einrichtungen und Leihgebern gestaltet. Sie ist noch bis zum 29. Juni in der Stuttgarter Universitätsbibliothek in der Holzgartenstraße zu sehen. Anschließend wird sie bei vier weiteren Präsentationen in Karlsruhe (12. Juni bis 23. August 2002, Eröffnung: 11. Juni 2002 im Haus der Wirtschaft), Ulm, Sigmaringen und Lörrach gezeigt. Zur Ausstellung ist ein zweispaltiger Katalog von Frau Annemarie Röder herausgegeben worden (ISBN 3-00-009407-5).

Im Gegensatz zur katholischen Kirche

Keine evangelischen Kirchenbücher an Polen

Die Evangelische Kirche der Union als Rechtsnachfolgerin der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gibt anders als die katholische Kirche Kirchenbücher aus den historischen deutschen Ostgebieten nicht an polnische Einrichtungen ab. Das stellt Dr. Hartmut Sender, Leiter des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin, im Rundbrief 2/2002 der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen ausdrücklich fest.

Ukrainischer Botschafter im Haus der Heimat

Im Rahmen der Ausstellung „Kinder der Bukowina“ besucht der ukrainische Botschafter in Deutschland, Dr. Anatolij Ponomarenko, am Montag, dem 17. Juni 2002 das Haus der Heimat und hält um 19 Uhr im Großen Saal einen Vortrag zum Thema „Die Ukraine Zwischen Europäischer Union und Rußland“. Der Vortrag findet in deutscher Sprache statt. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus der Ukraine, aber auch andere Interessierte sind sehr herzlich eingeladen.

Am Donnerstag, dem 11. Juli 2002, 19 Uhr hält der ukrainische Historiker Dr. Sergij Osatschuk vom Bukowina-Zentrum der Universität Czernowitz/Ukraine im Haus der Heimat einen Vortrag zum Thema „Die Bukowina - Geschichte und Gegenwart einer multiethnischen Region Europas“.

Am Donnerstag, dem 15. August 2002, 19 Uhr hält Carsten Eichenberger M. A., Fachbereichsleiter des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg einen Diavortrag mit „Impressionen aus der Bukowina“.

Der Eintritt zu diesen Vorträgen ist frei!

Die Schriftstellerin Nelly Däs erzählte aus ihrem Leben

Musische Schülerfreizeit der DJO in der Jugendherberge Erpfingen Aufmerksam hörten ihr die jugendlichen Teilnehmer einer Schülerfreizeit auf der Sonnenmatte bei Erpfingen zu, als die russlanddeutsche Schriftstellerin Nelly Däs über ihre Jugend und ihre 10jährige Flucht während des Zweiten Weltkrieges aus Friedental in der Ukraine, wohin ihre Vorfahren 1811 aus Friedrichsfeld bei Heidelberg ausgewandert sind, berichtete. Von der DJO - Deutsche Jugend in Europa, Kreisgruppe Stuttgart, waren zu dieser fünfjährigen musischen Freizeit in der Jugendherberge Aussiedlerkinder und -jugendliche, aber auch Einheimische eingeladen worden, zum gemeinsamen Tun. So war es für alle sehr spannend, den Erlebnissen zuzuhören, die Nelly Däs sehr unterhaltsam vortrug, denn viele russlanddeutsche Familien haben in dieser Zeit Ähnliches erlebt. Acht Bücher hat die Schriftstellerin inzwischen herausgebracht, wovon eins auch vom ZDF verfilmt wurde. Ihr neuestes Werk ist „Der Schlittschuhclown“, das besonders Schüler anspricht.

Der Schlittschuhclown, 148 Seiten, zu bestellen bei Nelly Däs, Richard-Wagner-Str. 36, 71332 Waiblingen (Tel./Fax 071 51/1 5884).

Lexikon der Völkermorde

Bei der Bilanz des 20. Jahrhunderts wird nicht zu übersehen sein, daß in diesem Jahrhundert die größten Völkermorde der bekannten Menschheitsgeschichte stattgefunden haben. Der Begriff selbst ist eine Schöpfung dieses Jahrhunderts, er wurde unter dem Eindruck von Auschwitz vor genau 50 Jahren von den Vereinten Nationen am 9. Dezember 1948 in der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ definitiv gefaßt. Seitdem gelten Handlungen als Völkermord, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten. Gunnar -Neinsohn nimmt diesen Begriff als Richtschnur und bezieht ihn auf die bekannte Menschheitsgeschichte.

Dieses Lexikon von Gunar Heinsohn ist die erste Unternehmung dieser Art. Die Übersichten, Zahlen, Fakten und Begriffsbestimmungen dieses Lexikons werden für viele Leser Überraschungen bereithalten. Zukunftsweisend sind die Lehren, die seine Arbeit nahelegt. Zwei davon lauten: „Die Völker unterscheiden sich wahrscheinlich viel weniger in der Fähigkeit zur Grausamkeit als in der Art und Weise, wie und seit wann sie ihr vorzubeugen trachten.“ Und: Noch nie hat eine moderne Demokratie gegen eine andere Krieg geführt oder auf dem eigenen Gebiet einen Völkermord begangen.

(Im Buchhandel für € 9,90 zu beziehen.)

Johannes Paschwitz: 777

Schüttel-Reime ISBN 3-89876-050-2,

Preis: € 6,- Liebe Leser,

den Teilnehmern unserer BdV-Landeskulturtagungen ist der Schlesier StudienDirektor i. R. Johannes Paschwitz mit seinen bedenkenswerten Vorträgen (z. B. Die heilige Haarwig, Jacob Böhme etc.) vertraut. Daß er auch Reime zu schütteln vermag ist..., also wer sich daran laben will, der gehe in eine Buchhandlung und bestelle das Büchel (wie Schlesier sagen). Ich hab' mich selten so gut vergnügt und bin schon am Verschenken ...

Ihr gez. Albert Reich

Termine: Juni, Juli, August 2002

1.6. 14.00 Uhr	BdV/SL OV Winnenden: Heimatchmittag	22.-29.6.	LM Schlesien LG BW: Reise in die Hohe Tatra/Slowakei	26.7.	BdV-OV Wolfach/Oberwolf- ach: Vortrag „Böhmisches Glas“
1.6.	LM der Siebenbürger Sach- sen KG Reutlingen-Metzin- gen: Vollversammlung mit Neuwahlen	23.6. 23.6.	SL-OG Ulm: Jahresausflug Egerländer Gmoi Pforzheim: Ausflug	27.-28.7. 15.00 Uhr	Südmährertreffen in Geislingen
2.6.	BdV-KV Saulgau: Jahreshauptversammlung	27.6.	SL-OG Tiengen: Jahresaus- flug	26.-28.7.	Schönhengster Heimatbund: Schönhengster Heimmattage in Göppingen
3.6.-15.6.	BdV-KV Aalen: Ausstellung „50 Jahre Baden-Württem- berg“ im Landratsamt	28.-30.6.	DJO/Sudetendeutsche Jugend BW: „Köpfchen- seminar“ in Ehningen	27.7. 15.00 Uhr	LM Schlesien Ludwigsburg: Heimatchmittag BdV/SL OV Winnenden: Jahresausflug
5.6.	BdV-OV Radolfzell: Busfahrt nach Neugablonz	29.6. 15.00 Uhr	LM Schlesien Ludwigsburg: Heimatchmittag	3.8. 11.30 Uhr	BdV-OV Asperg: Gartenfest
6.6. 15.00 Uhr	BdV-OV Bad Krozingen Heimatchmittag	30.6.	Nordsudeten Ludwigsburg: Jahresausflug	5.8.	Nordostdeutsche LM und Bund der Danziger Freiburg: Gedenken am Vertriebenen stein
7.-9.6.	LM Ost/Westpreußen Esslin- gen: Busfahrt	6.7. 9.00 Uhr	LM der Siebenbürger Sachsen KG Waiblingen: Museumsbesuch Schloß Horneck	9.8. 19.00 Uhr	BdV-KV Ulm: Kultursitzung zum Tag der Heimat 2002
7.6. 14.00 Uhr	LM Pommern Pforzheim: Heimatchmittag	6.7.	Bund der Egerländer Gmoin-LV BW: Landes- hauptversammlung in Kornwestheim	10.-12.8.	Egerländer Gmoi Ludwigsburg: Sommerfest
8.6. 15.00 Uhr	LM Schlesien Pforzheim: Breslauer Runde	7.7.	25. Kuhländler Landschafts- treffen in Ludwigsburg	23.-25.8.	Bund der Egerländer Gmoin LV BW: Vinzenzifest mit Landestreffen in Wendlingen
9.6. 15.00 Uhr	BdV-OV Stetten: Filmmatchmittag	7.7. 14.00 Uhr	LM der Siebenbürger Sachsen KG Crailsheim: Kultureller Nachmittag mit Chor, Blasmusik und Lesungen	31.8.	LM Schlesien - LB BW: Jubiläumskonzert zum 50jährigen Bestehen der LG BW in der Stadthalle Ostfildern-Nellingen
9.6.	LM Schlesien - Mosbach: Sommerfest	7.7.	LM Schlesien-LG BW: Studienreise nach Schlesien - Niederschlesien östlich der Oder	31.8. 15.00 Uhr	LM Schlesien-Ludwigsburg: Heimatchmittag
11.6. 15.00 Uhr	SL-Bietigheim: Monatstreffen	7.7. 11.00 Uhr	LM der Siebenbürger Sachsen KG Heidenheim: Tagesfahrt nach Nürnberg		
13.6.	LM der Siebenbürger Sachsen KG Heidenheim: 4-Tages-Ausflug nach Berlin	7.7. 14.00 Uhr	LM der Siebenbürger Sachsen KG Stuttgart: Sommerfest		
14.6. 19.00 Uhr	Katholische Arbeitnehmer- Bewegung - Gruppe Schorndorf: Vortrag - „Böhmen und Mähren“ (1919, 1938, 1945) - „Die Tschechische Staats- gründung“ - „Das Münchner Abkom- men. Das Protektorat“ - „Die Vertreibung der Deut- schen. Das kommunisti- sche System. Der Weg nach Europa“	11.7. 14.00 Uhr 13.7. 11.00 Uhr	BdV-OV Asperg: BdV-Treff BdV-KV Ulm: Eröffnung der BdV-Ausstellung „Vom Flüchtling/Heimatvertriebe- nen zum Ulmer“		
15.6. 15.00 Uhr	LM der Deutschen aus Rußland Ulm: Neuwahlen	13.-20.7.	SL-Bönnigheim: Fahrt ins Altwatergebirge		
15.6. 19.00 Uhr	LM Schlesien OG Kemnat: Monatstreffen	14.7. 18.00 Uhr	BdV-KV Ulm: Ost/Südost- deutscher Volkstumsabend		
15./16. 6. 15.00 Uhr	50 Jahre SL OG Ellwangen Totengedenken	19.-21.7.	DJO-LV BW: Landestreffen in Weil der Stadt		
16.30	Großer Festakt	19.7.	BdV-KV Ulm: Ausstellung „Integration“		
16.6. 9 Uhr	Festgottesdienst am Schö- nenberg	20.7. 15.00 Uhr	LM Ost/Westpreußen Ludwigsburg: Heimatch- mittag		
16.6. 15.00 Uhr	BdV-KV Heidelberg/Stadt: Referat „Einführung in die Welt des Islams“	21.7. 9.00 Uhr	LM der Siebenbürger Sachsen KG Crailsheim: Sommerfest		
19.-25.6.	BdV-KV Böblingen: Ausflug nach Bled in Slowenien	21.7. 14.30 Uhr	BdV-OV Beutelsbach: Familiennachmittag		
19.6.	LM Ost/Westpreußen Ludwigsburg: Ausflug	21.7.	LM der Siebenbürger Sachsen KG Bietigheim-		
21.6.	BdV-KV Schwäbisch Hall: Sonnwendfeier				
21.-23.6.	Deutsch-Baltische LM in BW: Baltische Kulturtage in				

Horst Waffenschmidt

Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung 1988_1998

Die deutschen Heimatvertriebenen, insbe-
sondere die Deutschen aus Rußland, haben
einen guten Freund verloren. Mit Dr. Horst
Waffenschmidt ist ein Politiker von uns ge-
gangen, der sich unermüdlich für die Integra-
tion der Aussiedler und die Lebensperspekti-
ven der Deutschen in der Heimat eingesetzt
hat. Die Kraft dazu gab ihm seine tiefe Ver-
wurzelung im Glauben. Den Vertriebenen
und ihren Verbänden war er immer ein offe-
ner und konstruktiver Gesprächspartner. Für
die menschlichen Nöte der Deutschen aus
Rußland hatte er immer ein offenes Ohr.

In der Zeit des politischen Umbruchs in
den Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs
ergriff er die Chance, um den deutschen
Volkgruppen und Minderheiten in der Hei-
mat durch Hilfen bessere Lebensperspekti-
ven zu eröffnen. Sein **Wort** von den „Inseln
der Hoffnung“ bleibt unvergessen.

(Aus dem Nachruf von

Ewald Krisch

Am 21.5. verstarb kurz nach Vollendung seines 90. Lebensjahres der sudetendeutsche Landsmann Ewald Krisch. Als Vorsitzender des BdV Säckingen seit 1954 und langjähriger Stadt- wie auch Kreisverordneter gehörte Krisch zu den Männern der ersten Stunde. Wir werden diesem verdienten Mitstreiter ein ehrendes Gedenken bewahren.

Waldemar Bittner 75 Jahre

Der Kreisvorsitzende des BdV-Kreisverbandes Heidenheim und zugleich Vorsitzender der dortigen LM Schlesien, Waldemar Bittner, vollendete am 28. März das 75. Lebensjahr. Der gebürtige Schlesier, bis zu seiner Zuruhesetzung als selbständiger Apotheker tätig, führt seit Jahren umsichtig und mit großer Einsatzbereitschaft den BdV-Kreisverband.

Thilde Hoppe-Hoyer 80 Jahre

Die stellvertretende Vorsitzende des BdV-KV Heidelberg-Stadt feiert am 4. Juni ihren 80. Geburtstag. Ihr Einsatz ist außerordentlich vielfältig, in besonderer Weise erfolgter aber ihren Egerländer Landsleuten in Heidelberg und Umgebung und im Arbeitskreis Egerländer Kunstschaffender.

Wir gratulieren den Jubilaren auch an dieser Stelle herzlich und wünschen noch viele gesunde und aktive Jahre.

Günter Rudat mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt

Mit Günter Rudat zeichnete Göppingens Oberbürgermeister Reinhard Frank Ende März einen Mann aus, der sich jahrzehntelang in der Arbeitsgemeinschaft der Memelländer, in den Landsmannschaften der Ostund der Westpreußen sowie als Kreisvorsitzender des BdV KV Göppingen engagierte für die Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen. Aufgewachsen im Memelland und selbst ehemaliger Flüchtling, erwarb sich der umtriebige Gewerkschaftler und Sozialrichter großes Ansehen. Göppingens OB Frank und Arnold Tölg, Landesvorsitzender des BdV Baden-Württemberg, würdigten gemeinsam den vorbildlichen Einsatz des heute 80jährigen. Rudat habe während der zurückliegenden Jahre sehr große Opfer an Zeit und Kraft gebracht, nicht zu seinem eigenen Wohl, sondern für das Wohl vieler Mitmenschen in seinem Betrieb, in seiner Branche und unter den Heimatvertriebenen in Stadt, Kreis und Land.

„50 Jahre Südweststaat und die Verbindung zu Preußen“

Ausstellung des BdV/LM Ost- und Westpreußen im Haus der Landsmannschaften in Pforzheim (Di. und Do. von 14-17 Uhr und jeden 1., 3. und 5. Sonntag). Anmeldung unter Tel. (07231) 71738.

BdV KV Böblingen

Dr. Kubin 50 Jahre BdV Vorsitzender in Aidlingen Feierliche Verabschiedung

In Anwesenheit von Bürgermeister Faith (Aidlingen) wurde Dr. Benno Kubin nach 50jähriger Vorsitzenden-Tätigkeit im Rahmen der Hauptversammlung in schmuckvoll hergerichteter Halle feierlich verabschiedet.

Vom BdV-Kreisvorsitzenden Josef Seethaler beantragt, erfolgte die Entlastung Dr. Kubins. Für den Ortsverband dankte Landsmann Stumvoll für die hervorragende Arbeit und wählte ihn mit einer Urkunde zum Ehrenvorsitzenden. Dem Dank schloß sich Frau Wulff vom BdV-Landesverband an. Sie umriß ihrerseits einfühlsam dessen vorbildliches ehrenamtliches Engagement und die beeindruckende Persönlichkeit Dr. Kubins. Wörtlich sagte sie:

„Herr Dr. Kubin, ein solcher Tag, der Abschied und Stabwechsel zugleich ist, darf auch einen persönlichen Rückblick gestatten. Ihre Heimatstadt ist Brünn, in der Sie 1915 geboren wurden. Nach einem Studium an der altherwürdigen deutschen Karlsuniversität in Prag, promovierten Sie schon mit 25 Jahren zum Dr. juris. Mit der Vertreibung der Deutschen aus Brünn verloren Sie Ihre Heimatstadt und fanden nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft zu Ihrer Familie in Aidlingen hier eine neue Heimat.

Ob beim Landratsamt oder als Vorsitzender des Ortsverbandes, immer haben Sie sich mit Ihrem Wissen und Können für die Heimatvertriebenen eingesetzt. Damit sind Sie eine Orientierungshilfe geworden. Und das ist gerade für Nachfolgende so wichtig!“

Sie überbrachte zugleich die Grüße des Landesvorsitzenden Arnold Tölg.

In seiner anschließenden Rede brachte Herr Bürgermeister Faith seine Hochachtung gegenüber den großen Leistungen von Herrn Dr. Kubin zum Ausdruck und sprach von der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Gemeinde und dankte ihm dafür herzlich. '

Bei der anschließenden Neuwahl fungierte der Bürgermeister freundlicherweise als Wahlhelfer. Dabei konnte Herr Dr. Dieter Kubin als neuer Ortsvorsitzender gewonnen und gewählt werden. Ihm, dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Hedwig und allen anderen neu- bzw. wiedergewählten Vorstandsmitgliedern herzlichen Glückwunsch zu ihrer Wahl.

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn spendete dem Donauschwäbischen Zentralmuseum ein De-Ponte-Bild

Spenden an die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn ermöglichten es dieser, die Darstellung der Geschichte der Deutschen aus Ungarn vom Maler Josef de Ponte dem Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm zur Verfügung zu stellen. In einer Feierstunde im Rahmen einer Sitzung des Stiftungsrates würdigte der Kulturdezernent der Stadt Ulm, Bürgermeister Hartung, den Künstler.

Josef de Ponte, 1922 in Ungarn geboren, in Budapest und Wien künstlerisch ausgebildet und seit Ende der 40er Jahre in Württemberg - in der Gegend von Heilbronn - als freischaffender Künstler lebend, äußerte sich in der Feierstunde selbst zu dem stattlich großen reliefartigen Mosaikbild auf zwei Tafeln (siehe unten). Mit diesem sollen 1000 Jahre Geschichte der Deutschen und der Schwaben in Ungarn dargestellt werden: „Wir wollen unseren Nachkommen ein friedliches Motto hinterlassen.“



BdV-KV Mannheim-Land

Gedenkstein in Neulußheim eingeweiht



v. l.: Herren Theo Wolf und Arnold Tölg, Frau Kilian, sowie Herr Kilian jun., und Herr Hüpsel.

Ein ungeahnt großes Interesse bei der Bevölkerung fand Anfang März die Einweihung des Gedenksteins für die Opfer von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Die Veranstaltung, die mit einem ökumenischen Gottesdienst in der katholischen Kirche in Neulußheim begann, wurde vom Musikverein „Harmonie“ Reilingen unter der Leitung von Willi Ehringer musikalisch umrahmt.

Zur Eröffnung des Gottesdienstes begrüßte die Kreisvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Hannelore Kilian, die zahlreich erschienenen Gäste, unter ihnen besonders den Landesvorsitzenden Arnold Tölg, Angela Schönig als Vertreterin des Bürgermeisters sowie den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Herbert Hüpsel.

In ihren Grußworten dankte Frau Schönig im Namen des Bürgermeisters dem BdV-Kreisverband für sein Engagement bei der Vorbereitung der Feier und schilderte ihre eigenen Erlebnisse bei der Flucht als vierjähriges Kind. „Nur wer die Vertreibung selbst miterlebt hat, kann ermessen, was vor 50 Jahren mit den Deutschen geschah.“ Neulußheim habe damals 400 Heimatvertriebene aufgenommen. Die Stadt danke den Vertriebenen, denn sie hätten ein Stück Neulußheimer Heimatgeschichte mitgeschrieben.

Nach der Predigt des evangelischen Pfarrers Sulger wurde mit Liedern, Gebeten und Lesungen zur Predigt des katholischen Pfarrers Ugliar übergeleitet. Auch er, selbst vor 11 Jahren sein Elternhaus in Kroatien verloren, ging in seiner Predigt auf die Vertreibungsschicksale näher ein.

Nach dem Gottesdienst begab man sich zum Vorplatz der Kirche, wo im Rasen an der Straße der Gedenkstein mit Erinnerungstafel aufgestellt worden war. Mit Musik und einem

besinnlichen Gedichtvortrag von Frau Schönig wurde die Einweihung eröffnet.

In seiner Festrede dankte der Landesvorsitzende des BdV, Arnold Tölg, zunächst all denjenigen, die zur Realisierung des Vorhabens ihren Beitrag geleistet haben, insbesondere Walter Saam und Hannelore Kilian. Im weiteren Vortrag widmete Tölg sich der Beschreibung der alten Heimat damals und heute. Zum Schluß betonte er den Verzicht auf Rache und Vergeltung, so wie dies in der Charta der Heimatvertriebenen bereits 1951 festgelegt wurde.

Nach der Enthüllung des Steins sprach Pfarrer Sulger ein Gebet und Pfarrer Ugliar segnete den Stein, auf dessen Bronzetafel eine längere Inschrift zu lesen ist, die mit den beiden Sätzen endet: „Die Leiden und Opfer der Vertriebenen sollen mahnen in aller Welt, das Heimatrecht zu achten und das Recht der Menschen zu schützen. Für mehr als 400 vertriebene Menschen ist unser Dorf zur neuen Heimat geworden.“

Stadt Stuttgart fördert Zentrum gegen Vertreibung

In einem Brief an den Kreisvorsitzenden des BdV Stuttgart, Herrn Albert Reich, teilte der Stuttgarter Stadtrat Roland Schmid mit, daß es möglich geworden sei, das Zentrum gegen Vertreibung durch die Stadt Stuttgart zu fördern. Man werde die notwendigen Mittel bereitstellen und habe dafür eine Zusage des Finanzreferats erreicht. Im April wird eine entsprechende Vorlage dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Eine Zustimmung der CDU-Gemeinderatsfraktion wird erfolgen.

4. März: Gedenkfeier und Kranzniederlegung des BdV

Karl Walter Ziegler: „Unrecht führt immer nur zu neuem Unrecht“

Mitte März konnte der Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bruno Domes, zahlreiche Besucher in der Kapelle des Dreifaltigkeitsfriedhofes begrüßen. Dorthin hatte der Bund der Vertriebenen zur traditionellen Gedenkfeier für die Opfer des 4. März 1919 im damals gegründeten tschechoslowakischen Staat eingeladen.

Damals hatten die Sudetendeutschen für sich in diesem Staat die Autonomie gefordert. Bei Protesten kam es dann zu Übergriffen gegen die deutsche Bevölkerung, bei denen 54 Menschen getötet und viele verletzt wurden.

Nach einem einleitenden Bläserstück sowie einem Gedichtvortrag von AnnaMaria Kunz hielt Karl-Walter Ziegler, der Bundesvorsitzende der vertriebenen Deutschen aus Brünn, eine Ansprache. Darin ging er eingangs auf die Äußerungen des tschechischen Premiers Zeman ein, daß die Deutschen mit der Vertreibung noch gut weggekommen seien. Zeman habe aber dabei übersehen, daß die Deutschen in der ersten tschechischen Republik versucht hätten, zu einer völkischen Befriedung innerhalb des Staatsgebietes beizutragen. Dies sei aber nie honoriert worden. Ziegler erinnerte daran, daß heute in der Heimat Mahnmale und Gedenkstätten an die Vertreibung erinnern. Sie seien auch Zeichen für die tschechische Seite, einen Umdenkprozeß einzuleiten.

Nach der Ansprache begaben sich die Besucher an das Ostlandkreuz auf dem Dreifaltigkeitsfriedhof, um einen Kranz niederzulegen.

BdV-KV Waldshut

Hauptversammlung mit Neuwahlen

Luttingen/Kreis Waldshut (chy) - Im Mittelpunkt der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Bundes der Vertriebenen im Kreis Waldshut standen am Samstag im Gasthaus Engel die Neuwahlen der kompletten Vorstandsriege. Dabei wurde der seit 1983 amtierende Kreisvorsitzende Helmut Müller abermals in seinem Amt bestätigt.

Als Nachfolger des verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden Günter Zsatrow aus Wehr wählte die Versammlung Dieter Teubler, der gleichzeitig das Amt des Kulturreferenten inne hat. Die weiteren Gewählten: Dritter Vorsitzender Helmut Männich, Schriftführerinnen Hildegard Grimbo und Stellvertreterin Anna Petters, Frauenreferentin Anna Petters, Kassierer Bruno Schulz.

Sommerlager für Aussiedlerkinder und Einheimische

für 8-12jährige vom 18.-31. August 2002 in Schlafhauser/Thüringische Rhön

Schöne und aufregende Ferienwochen stehen bevor. Im Schullandheim „Thüringen Rhön“ im Dreiländereck Thüringen/Franken/Hessen verbringen Aussiedlerkinder zusammen mit Kindern aus Baden-Württemberg **ihre Freizeit, die angefüllt ist mit einem reichhaltigen Programm.** Unter Betreuung ausgebildeter Gruppenleiter gehen wir wandern und baden, singen am Lagerfeuer, basteln, unternehmen Ausflüge, um die Natur besser kennenzulernen und machen **natürlich** jede Menge Spiele und Spaß!

Leistungen: Omnibus, Unterkunft, Vollverpflegung, Betreuung und Programmkosten.

Kosten: €210,-

Für Kinder aus sozial schwachen Familien sowie Aussiedlerkinder ermäßigt sich der Teilnehmerbeitrag auf €90,-.

Anmeldung bitte an: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart, Tel.

(0711) 76251 38, Fax (0711) 76251 68, E-Mail: zentrale@djobw.de, Internet: www.djobw.de

BdV-KV Göppingen

Hauptversammlung

Zur diesjährigen Hauptversammlung des BdV-KV Göppingen Anfang April konnte Kreisvorsitzender Günter F. Rudat 39 Delegierte aus 21 Ortsverbänden sowie Landesgeschäftsführer Ulrich Klein in der Gaststätte „Frisch Auf“ begrüßen.

In seinen Ausführungen ging der Vorsitzende Herr Rudat ausführlich auf die Verluste der Zivilbevölkerung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges ein. In Gefangenenlagern starben allein 3242000 Menschen. Das unendliche Leid werde, so Rudat, auch heute noch teilweise von den Medien „heruntergespielt“. Besonders die Aussagen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman, der die Sudetendeutschen als 5. Kolonne Hitlers bezeichnete, seien für alle Betroffenen völlig unverständlich und hätten einen „Aufschrei der Empörung“ ausgelöst.

Der Kreisverband Göppingen ist laut Aussage des Landesgeschäftsführers Ulrich Klein immer noch der zweitstärkste Kreisverband in Baden-Württemberg und zählte zum 31. Dezember 2001 749 Mitglieder. Davon seien 58 % aus dem Sudetenland. Am 16. Juni begehe der SL-Ortsverband Göppingen im kleinen Saal der Stadthalle sein 50jähriges Jubiläum mit einem aufwendigen Programm, zu dem auch die Mitglieder der anderen Landsmannschaften herzlich eingeladen sind.

Ulrich Klein berichtete über die Arbeit des Landesvorstandes und führte u. a. die erfolgreiche Lehrerhandreichung für die Schulen auf. Das 50jährige Bestehen des Landesverbandes mit dem geplanten Festprogramm bildet bei der diesjährigen Arbeit des Vorstandes den organisatorischen und inhaltlichen Schwerpunkt.

Rudat gab dann einen ausführlichen Bericht. Er würdigte abschließend die vielen Mitglieder, mit denen der Umzug ins neue Büro erheblich erleichtert wurde und er bedankte sich ganz aufrichtig für die Mithilfe bei der gemeinsamen Arbeit zur Erhaltung und Bewahrung des heimatlichen Kulturgutes und wünschte sich von ganzem Herzen, daß diese vertrauensvolle Arbeit weitergehe, und bald einen jüngeren Nachfolger.

Aus dem Kassenbericht von Heinrich Polzer war zu entnehmen, das Rücklagen in verstärktem Umfang verwendet werden mußten, das die Existenz aber noch nicht bedroht sei.

Den Bericht der Landsmannschaften, der viel und gute Arbeit aufwies, wurde von Theo Stiehl und Hans Mersch gegeben.

BdV-KV Schwäbisch Gmünd

Hauptversammlung mit Neuwahlen

Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd konnte Herr Havran am 9. März wieder zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen.

Als Vertreterin des BdV-Landesverbandes wurde besonders herzlich Frau Wulff im „Weißen Ochsen“ willkommen geheißen. Sie überbrachte beste Grüße vom BdV-Landesvorsitzenden Arnold Tölg sowie vom Geschäftsführer Ulrich Klein. Im Verlauf der Veranstaltung, im weiteren von Herrn Lange geleitet, gedachten die Anwesenden an die im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder. Mit einem Gedichtvortrag von Frau Anne Kunz wurde die Ehrung beendet.

Das Jahr 2001 hatte zahlreiche kulturelle Veranstaltungshöhepunkte zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben sind hier die 36. Südtirolfahrt, der Mitarbeiterausflug zum Schloß Baldern sowie der Tag der Heimat mit der Ansprache des Staatssekretärs und Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler des Landes Baden-Württemberg, Heribert Rech MdL. Weitere Höhepunkte waren das Totengedenken an Allerheiligen in der Aussegnungshalle von Dreifaltigkeit mit anschließender Kranzniederlegung der Landsmannschaften sowie die heimatliche Adventfeier mit musikalischen Darbietungen der städtischen Musikschule.

Nach den Rechenschaftsberichten der verschiedenen Landsmannschaften waren Vorstandswahlen. Zum ersten Vorsitzenden im neuen Vorstand wurde Herr Gunter Lange gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Herr Domes und Herr Sandner tatkräftig zur Seite. Frau Wulff gratulierte dem gesamten neuen Vorstand und wünschte ihm für das kommende Jahr viel Erfolg und weitere interessante Veranstaltungen. Dem scheidenden Kreisvorsitzenden Alfred Havran, der sich aus Gesundheitsgründen nicht mehr zur Wahl gestellt hatte, überreichte Frau Wulff einen Blumenstrauß und dankte ihm für sein jahrelanges, unermüdetes Wirken als BdV-Kreisvorsitzender.

BdV-KV Baden-Baden

Hauptversammlung mit Neuwahlen

Der ehemalige Stadtrat Emil Matzkuhn leitete die Jahreshauptversammlung im kleinen Kreis mit 19 Anwesenden, bei der mit großer Zustimmung Herbert Ledwina zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Ihm tatkräftig zur Seite stehen werden als seine Stellvertreter Emil Matzkuhn, Schriftführerin Blanca Schwarz sowie die Kassenprüfer Norbert Schwark und Lorenz Striboll.

BdV-KV Aalen

Hauptversammlung mit Neuwahlen

Am 15. März 2002 hielten wir unsere Jahreshauptversammlung mit Wahlen ab. Die Versammlung war von Mitgliedern des BdVKreisverbandes, Vorsitzende der Ortsverbände, Landesmannschaften und Heimatgruppen mit 18 Personen gut besucht. Es folgte ein Bericht über das vergangene Jahr sowie ein Kassenbericht vom Kreisvorsitzenden, beide Berichte wurden von den Anwesenden bestätigt. Zur Zeit hat der BdV-Kreisverband Aalen noch 120 Mitglieder, die von Jahr zu Jahr um 8-10 Personen weniger werden. Bei den Neuwahlen hat es wenig Veränderung gegeben. Den Kreisvorsitz hat Landsmann Kopetschek wieder übernommen. Zum Stellvertreter konnten wir Herrn Josef Legner gewinnen, der auch Vorsitzender der Wischauer Gemeinschaft ist. Die älteren Mitglieder kommen zwar zu den Versammlungen, aber keiner ist bereit, eine Funktion zu übernehmen. Bei den Kassenprüfern konnten wir einen Ersatzprüfer dazugewinnen. Den Kreisvorstand haben wir um einige Namen erweitert.

Unser Buch: „Alle zehn Tage kamen tausend Vertriebene“ hat guten Anklang gefunden, wir haben bisher 500 Stück schon verkauft.

Ausstellungsangebot **Erbe und Auftrag 1952-2002** **50 Jahre Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften**

lautet der Titel einer 38 Tafeln umfassenden Ausstellung, die wir aus Anlaß des 50jährigen Verbandjubiläums geschaffen haben und zur Ausstellung vor Ort anbieten.

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Baden=Württemberg:**„Tschechische Politiker heizen Konflikt an“****Staatssekretär Heribert Rech bei SL -Landesversammlung**

Die „in den letzten Wochen immer heftiger werdende Weigerung der tschechischen Politiker aller Parteien, sich zum Unrechtscharakter der kollektiven Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen zu bekennen“ und statt dessen auf „den dazu führenden Dekreten“ des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benes zu beharren, „schließt diese Politiker aus der europäischen Rechtsgemeinschaft aus“, befanden die Delegierten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Baden-Württemberg in einer Resolution, die sie einstimmig bei ihrer diesjährigen Landesversammlung am 6.4.02 im „Haus der Heimat“ in Stuttgart verabschiedeten. Außerdem behindere dieses Verhalten der tschechischen Politiker „massiv die auf der Ebene der ‚Volksdiplomatie‘ bereits zahlreich vorhandenen Schritte der Verständigung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen“. Dieses Verhalten sei „Ausdruck rückwärtsgewandten und nationalistischen Denkens, welches als negatives Relikt des letzten Jahrhunderts im zusammenwachsenden Europa des 21. Jahrhunderts keinen Platz mehr“ haben dürfe.

Die Delegierten appellierten an die „Menschen in der Tschechischen Republik, sich derartigem Denken zu verweigern und statt dessen einen Weg der Verständigung zu suchen“. Aber auch an die deutschen Politiker erging der Appell, „zu diesen Äußerungen und Vorhaben der tschechischen Politik nicht zu schweigen, sondern ihnen massiv entgegen zu treten“. Europa sei „zu wichtig, als daß es mit dem Gift nationalistischen Denkens und Handelns infiziert und damit in seinem Kern gefährdet“ werden dürfte.

Gastredner bei der baden-württembergischen SL, welche nach Bayern die zweitstärkste Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist, war Innen-Staatssekretär Heribert Rech. Er bezeichnete die Heimatvertriebenen als „Baden-Württemberger der ersten Stunde“, ohne deren Votum bei der Volksabstimmung 1952 der Südweststaat wahrscheinlich nicht zustande gekommen wäre. Rech würdigte den bereits 1950 durch die in Stuttgart beschlossene „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ bekundeten Versöhnungswillen der Vertriebenen: „Nicht zuletzt aus diesem Grund wird die Landesregierung auch weiterhin darauf bestehen, daß die völkerrechtswidrigen Benes-Dekrete geächtet und endlich außer Kraft gesetzt werden.“ Die tschechische Regierung müsse wissen, so Rech, daß die EU auch eine Wertegemeinschaft sei und Unrechtsdekrete darin keinen Platz hätten.

In seinem Schlußwort an die Delegierten bezeichnete der baden-württembergische

SL-Landesobmann Dr. Werner Nowak (Plochingen) die „unqualifizierten Beschimpfungen der Sudetendeutschen“ durch den tschechischen Ministerpräsidenten Zeman und den Parlamentspräsidenten Klaus als „Eigentor“. Er ermunterte seine Landsleute, die „Begegnungen mit tschechischen Gesprächspartnern auf allen Ebenen“ auszubauen und auch in Zukunft Geschlossenheit zu zeigen, um „auch weiterhin ein politischer Faktor zu bleiben“.



lungen der Sudetendeutschen“ durch den tschechischen Ministerpräsidenten Zeman und den Parlamentspräsidenten Klaus als „Eigentor“. Er ermunterte seine Landsleute, die „Begegnungen mit tschechischen Gesprächspartnern auf allen Ebenen“ auszubauen und auch in Zukunft Geschlossenheit zu zeigen, um „auch weiterhin ein politischer Faktor zu bleiben“.

BdV KV Schwäbisch Gmünd

**Jahreshauptversammlung
des BdV Heubach:**

Gunter Lange, Vorsitzender des BdV Heubach konnte kürzlich im katholischen Gemeindehaus anlässlich der Hauptversammlung zahlreiche Gäste begrüßen.

Der stellvertretende Bürgermeister von Heubach, Eugen Hoffman, überbrachte die Grüße der Stadt. Walter Ziegler, Mitglied des geschäftsführenden BdV-Landesvorstandes, wandte sich gegen die weitverbreitete Meinung, die Frage der Vertreibung sei gelöst und bedürfe keiner politischen Erörterung mehr. Damit könne man sich nicht zufrieden geben. „Wer Vertreibung anerkennt, fordert neue Vertreibung heraus.“

Der weitere Verlauf der Versammlung hatte zahlreiche kulturelle Höhepunkte aufzuweisen. Isolde Schneider, Klavier, und Wilhelm Ehrlich, Klarinette, von der Musikschule Heubach umrahmten den ersten Teil der Veranstaltung musikalisch. Den zweiten Teil gestalteten die Böhmerwaldgruppe Ellwangen und die Egerländer Singgruppe aus Schwäbisch Gmünd mit flotten Tänzen und mundartlichen Liedern.

BdV-KV Pforzheim-Erzkreis

Jahreshauptversammlung mit Wahlen

Am 2.3.2002 hat im Haus der Landsmannschaften in Pforzheim-Brötzingen die diesjährige Hauptversammlung des Bundes der Vertriebenen mit seinen angeschlossenen Landsmannschaften stattgefunden.

Die Vorsitzenden der Landsmannschaften gaben jeweils einen Situationsbericht und dabei wurde erfreulicherweise festgestellt, daß die berechtigten Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten nach wie vor Beachtung finden, denn alle Veranstaltungen im abgelaufenen Jahr fanden regen Zuspruch.

Nach Kassenbericht und Entlastung des bisherigen Vorstandes wurde die Neuwahl mit folgendem Ergebnis durchgeführt: 1. Vorsitzende: Ursula Schack; 1. Stellvertreterin: Edith Dworschack, Sudetendeutsche Landsmannschaft; 2. Stellvertreter: Reinhold Beseit, Landsmannschaft Deutsche aus Bußland; Schriftführerin und Pressereferentin: Helga Ruhnke; Schatzmeister: Heiner Müller; Kassenprüferin: Wilma Bauser; Stellvertreterin: Sonja Bumeister; Kulturreferentin: Renate Großmann; 3 Beisitzer: Peter Michael Cyranek, Wenzel Placht, Manfred Vieback; Vorsitzender des HdL-Kuratoriums: Heinz Seeherr. Die Wahlperiode beträgt 2 Jahre.

Wir laden alle Interessierten – besonders auch Schüler – aus Pforzheim und Umgebung ganz herzlich zu unseren nächsten Ausstellungen ein, die jeweils im Haus der Landsmannschaften gezeigt werden. Am 23. März 2002 wird die Ausstellung von der Sudetendeutschen Landsmannschaft „Goethes liebes Böhmen“ eröffnet und am 11. Mai 2002 die Ausstellung von der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen mit dem Titel „50 Jahre Südweststaat und die Verbindung mit Preußen“.

Helga Ruhnke
Pressereferentin

Adalbert-Stifter-Zentrum (Hrsg.)

**Oberplaner Gespräche 2001 -
Referate und Beiträge**

111 Seiten, Fotos, zweisprachig,
ISBN 80-238-8353-4, Preis: €7,
Bestelladresse: Adalbert-Stifter-Zentrum,
Molchweg 71, D-70499 Stuttgart

Unter dem Motto „Verstehen beginnt vor Ort - Der Beitrag des Einzelnen zur (sudeten)deutsch-tschechischen Verständigung“ fanden im September 2001 in Oberplan im Böhmerwald, dem Geburtsort Adalbert Stifters, bereits im fünften Jahre die „Oberplaner Gespräche“ statt, die sich mittlerweile als Gesprächs- und Begegnungsforum von Tschechen und Deutschen aus den böhmischen Ländern unter der Vielzahl deutsch-tschechischer Begegnungen einen besonderen Platz erobert haben.